

Working Paper

Brennpunkt globale Lieferketten:
Herausforderungen & Lösungsstrategien

Öko-Institut Working Paper 5/2017

Dr. Nele Kampffmeyer
Öko-Institut e.V.

Unter Mitarbeit von: Christoph Brunn, Cara-Sophie Scherf, Tobias Schleicher und
Franziska Wolff



Öko-Institut e.V. / Oeko-Institut e.V.
Geschäftsstelle Freiburg / Freiburg Head Office

Postfach / P.O. Box 17 71
79017 Freiburg. Deutschland / Germany
Tel.: +49 761 45295-0
Fax: +49 761 45295-288

Büro Darmstadt / Darmstadt Office

Rheinstraße 95
64295 Darmstadt. Deutschland / Germany
Tel.: +49 6151 8191-0
Fax: +49 6151 8191-133

Büro Berlin / Berlin Office

Schicklerstraße 5-7
10179 Berlin. Deutschland / Germany
Tel.: +49 30 405085-0
Fax: +49 30 405085-388

info@oeko.de
www.oeko.de

Working Paper

Brennpunkt globale Lieferketten:

Herausforderungen & Lösungsstrategien

Dr. Nele Kampffmeyer

Öko-Institut e.V.

Unter Mitarbeit von: Christoph Brunn, Cara-Sophie Scherf, Tobias Schleicher und Franziska Wolff

Working Paper 5/2017 Öko-Institut e.V. / Oeko-Institut e.V.

Oktober 2017

Download: www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/WP-Globale-Lieferketten.pdf



Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer Creative Commons Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 Lizenz. Öko-Institut e.V. 2017

This work is licensed under Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0. Oeko-Institut e.V. 2017

Die Working Paper Series des Öko-Instituts ist eine Sammlung wissenschaftlicher Beiträge aus der Forschungsarbeit des Öko-Instituts e.V. Sie präsentieren und diskutieren innovative Ansätze und Positionen der aktuellen Nachhaltigkeitsforschung. Die Serie ist offen für Arbeiten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus anderen Forschungseinrichtungen. Die einzelnen Working Paper entstehen in einem sorgfältigen wissenschaftlichen Prozess ohne externes Peer Review. Oeko-Institut's Working Paper Series is a collection of research articles written within the scope of the institute's research activities. The articles present and discuss innovative approaches and positions of current sustainability research. The series is open to work from researchers of other institutions. The Working Papers are produced in a scrupulous scientific process without external peer reviews.

Zusammenfassung

In Deutschland verarbeitete und konsumierte Waren und Rohstoffe werden in weitverzweigten globalen Lieferketten hergestellt. Nicht zuletzt aufgrund von Kostenvorteilen befinden sich diese häufig in Ländern des globalen Südens, wo niedrigere Umwelt- und Sozialstandards gelten. Zum Ausgleich der nationalen Governance-Defizite in diesem Bereich sind eine Vielzahl privater Ansätze und Initiativen entstanden. Im vorliegenden Paper werden diese in Hinblick auf ihr Lösungspotential bezüglich der jeweiligen Brennpunkte in den Lieferketten untersucht und Good Practice-Beispiele vorgestellt. Zu den identifizierten Problemstellungen gehören neben dem bereits erwähnten Governance-Defizit u.a. die Machtverteilung in den Lieferketten, die ungenügende Einbindung von Stakeholdern oder mangelnde Transparenz. Die Analyse hat gezeigt, dass es nicht eine einzelne Initiative gibt, die alle Problemstellungen adressiert, sondern dass einzelne Initiativen jeweils spezifische Lösungsansätze bieten. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Nachhaltigkeit in den globalen Lieferketten nur dann erreicht werden kann, wenn private Initiativen ergänzt werden durch staatliche Regulierung und ein verändertes Konsumentenverhalten.

Abstract

Many products and resources processed and consumed in Germany stem from a complex global supply chain. These supply chains, not least due to cost advantages, often originate in countries of the global south, where environmental and social standards are poor. To compensate for national governance deficits in this area a large number of private initiatives have been established. This paper assesses the effectiveness of these initiatives in addressing critical areas of global supply chains, and will present examples of good practices. In addition to the above-mentioned governance deficit, the distribution of power, inadequate involvement of stakeholders and insufficient transparency, among other factors, have been identified as problematic aspects in supply chains. Our analysis has shown that there is no one initiative which has been able to address all issues, as each approach offers only a specific solution. Thus, the sustainability of global supply chains can only be achieved when private initiatives are supported by government regulations and a change in consumer behavior.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	5
Abstract	5
1. Hintergrund	9
2. Auswahl der Lieferketten	11
3. Darstellung der Hot Spots in der jeweiligen Lieferkette	11
3.1. Rohstoffgewinnung	11
3.1.1. Mineralien und Erze	12
3.1.2. Fossile Rohstoffe	13
3.1.3. Soja	13
3.1.4. Baumwolle	14
3.2. Industrielle Fertigung	15
3.2.1. Textil- und Bekleidungsindustrie	15
3.2.2. IKT	16
4. Freiwillige Initiativen zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Standards in den Lieferketten	16
4.1. Bestandsaufnahme	16
4.2. Überblick zu privaten Initiativen	17
4.3. Analyseraster	19
5. Good Practices in Bezug auf spezifische Herausforderungen	20
5.1. Rechtsetzungs- und Vollzugsdefizit in den Produktionsländern	20
5.2. Unterschiedlich starke Einflussmöglichkeiten auf die Akteure in der Lieferkette	21
5.3. Die Rolle der Stakeholder ist häufig wenig spezifiziert	22
5.4. Die Lieferketten sind oft wenig transparent	23
5.5. Transparenz alleine verändert die Situation vor Ort nicht – vom Audit zum Dialog	24
5.6. Das Kostenproblem höherer Standards	25
5.7. Die Vielzahl der Ansätze führt zu einer Überforderung bei Produzenten und Käufern	26
6. Empfehlungen	27
Literaturverzeichnis	31
Anhang	36

1. Hintergrund

Deutschlands Wirtschaft ist global vernetzt und bezieht sowohl Rohstoffe als auch Halb- und Fertigprodukte aus der ganzen Welt. Es gibt wenig Produkte, bei denen nicht zumindest ein Teil der Wertschöpfung in Ländern des Globalen Südens stattgefunden hat.¹

Aus diesem Grund sind auch nahezu alle Lieferketten in der einen oder anderen Form von Herausforderungen in den Bereichen Sozialstandards und Umweltschutz betroffen. Die Nichterfüllung der in Deutschland üblichen Anforderungen ist strukturell mit den vergleichsweise schwachen staatlichen Strukturen, der teilweise weniger strengen Gesetzeslage sowie der niedrigeren sozio-ökonomischen Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern verbunden.

Die Verlagerung von Lieferketten in die Länder des globalen Südens hat zwei wesentliche Gründe. Sie folgt zum einen einer ökonomischen Logik, bei der die Senkung von Kosten im Vordergrund steht. Zum anderen resultiert sie daraus, dass die jeweiligen Rohstoffe teilweise nur im Ausland und oft eben vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern verfügbar sind. So ist die Gewinnung von Mineralien und Erzen abhängig vom Vorhandensein der entsprechenden Vorkommen, und auch der Anbau landwirtschaftlicher Produkte ist teilweise nur unter bestimmten klimatischen Bedingungen möglich.

Im Fokus dieser Untersuchung stehen Lieferketten, die deshalb oder u.a. deshalb in Schwellen- und Entwicklungsländer verlagert werden, weil dort die Produktionskosten niedriger sind. Die niedrigeren Produktionskosten resultieren insbesondere aus den geringeren Lohnkosten, aber auch daraus, dass Sozial- und Umweltstandards weniger hoch sind. Denn die Unternehmen und Regierungen in den Ländern des globalen Südens stehen im internationalen Standortwettbewerb unter hohem Druck, niedrige Standards als „Kostenbremse“ zu nutzen (Scherrer et al. 2013; Di Giulio et al. 2011; Koch 2017).²

So verfügt Argentinien über keinerlei Regelungen zum Einsatz von Pestiziden, was den Anbau von Soja in Monokultur erheblich erleichtert (Arancibia 2016). Auch die Vereinigungsfreiheit ist in vielen Ländern, wie beispielsweise China (Yang 2006), gesetzlich stark eingeschränkt, weshalb den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein wichtiges Instrument zur Verbesserung ihrer Einkommenssituation und zur Erreichung von Arbeitnehmerrechten de facto nicht zur Verfügung steht. Verschärft stellt sich diese Ausrichtung am globalen Wettbewerb und dem dadurch bestehenden Druck beispielsweise auf Arbeitnehmerrechte bei den Export Processing Zones (EPZ) dar. In diesen auf Export zielenden Sonderwirtschaftszonen werden teilweise die ansonsten im Land geltenden Rechte von Arbeitnehmern außer Kraft gesetzt oder zumindest verwässert (Lang 2010, S. 18–21).

Zudem weist ein Großteil der Länder des globalen Südens Defizite in der politischen und administrativen Steuerungsfähigkeit auf. D.h. selbst wenn es entsprechende Gesetze gibt, sind sie nicht ausreichend in der Lage, diese auf legislativer und exekutiver Ebene durchzusetzen. So verfügt beispielsweise die für Gebäudesicherheit zuständige Behörde in Bangladesch über eine so geringe Zahl an Angestellten, dass eine effektive Kontrolle aller Textilfabriken de facto unmöglich ist (Rhaman und Langford 2012, S. 97). Hinzu kommt häufig das Thema Korruption. Die Missachtung von Umweltvorschriften steht nicht selten im Zusammenhang mit Vorteilsnahme seitens Mitarbeite-

¹ Eine Ausnahme bilden beispielsweise Zucker oder Zement.

² Deshalb ist das mitunter von Wirtschaftsakteuren vorgetragene Argument, man würde sich höhere Umwelt- und Sozialstandards wünschen, könne aber nicht viel tun und sähe vor allen Dingen die jeweiligen nationalen Regierungen in der Verantwortung, nur bedingt stichhaltig. Die Tatsache, dass die jeweiligen Regierungen diese Standards nicht garantieren, ist in vielen Fällen der entscheidende Grund für die Produktionsverlagerung.

rinnen und Mitarbeitern aus Justiz und Verwaltung (Marshall 2001). Noch eklatanter ist diese Problematik in Ländern, die eines oder mehrere Merkmale gescheiterter Staatlichkeit („Failed States“) aufweisen. Hier sind bestimmte Regionen der staatlichen Kontrolle nahezu vollständig entzogen. Das bekannteste Beispiel ist sicherlich der Abbau von sogenannten Konfliktmineralien in der Region der Großen Seen in Afrika (Manhart und Schleicher 2013).

Die Missstände bei der Rohstoffgewinnung und industriellen Fertigung in Ländern des globalen Südens erlauben allerdings nicht den Umkehrschluss, dass eine Lieferkette, die sich ausschließlich aus Wertschöpfungsschritten in den Industrieländern zusammensetzt, per se unproblematisch ist.

So ist bei Fertigung in den USA die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen nicht garantiert, da die Vereinigten Staaten die Artikel zur Vereinigungsfreiheit nicht ratifiziert haben.³ Erntehelfer in Spanien leben unter menschenunwürdigen Bedingungen, und in der Schweiz wird das bestehende Arbeitsrecht für landwirtschaftliche Saisonkräfte außer Kraft gesetzt (FRA 2015; Probst et al. 2016).

Selbst rein nationale Lieferketten sind kein Garant für die Einhaltung von Sozialstandards und Umweltschutznormen. So verletzt die auf deutschen Baustellen weit verbreitete Schwarzarbeit das Recht auf einen Vertrag (Molitor 2015), und die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in der deutschen Fleischwirtschaft sind seit Jahren viel diskutiertes Thema in den Medien (siehe u.a. Balsler 2017). Die in Deutschland praktizierte Ausbringung von Gülle aus der Tiermast führt dazu, dass unter anderem EU-Grenzwerte zur Nitratbelastung von Trinkwasser überschritten werden (Die Zeit 2016).

Insgesamt sind jedoch die Verletzungen grundlegender Sozial- und Umweltstandards in Industrieländern weniger massiv und vor allen Dingen meist auf wenige Branchen konzentriert. Die oben genannten Fälle zeigen aber, dass die Problematik der Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards eine globale Herausforderung ist.

Weil also die nationalen Regierungen in Schwellen- und Entwicklungsländern häufig entweder nicht willens oder nicht in der Lage sind, höhere Standards durchzusetzen, ergibt sich die Notwendigkeit, auf privatwirtschaftlicher Ebene Ansätze für die Einhaltung minimaler Anforderungen zu entwickeln (Mosoetsa und Williams 2012, S. 5).

In dieser Studie werden nun private Ansätze betrachtet, die das Ziel haben, bestehende staatliche Steuerungsdefizite hinsichtlich der Setzung und Durchsetzung von sozialen und ökologischen Standards bei der *Ressourcengewinnung und industriellen Fertigung* auszugleichen. Es sollen Ansätze und Initiativen identifiziert werden, die für spezifische Herausforderungen des nachhaltigen Lieferkettenmanagements Erfolg versprechende Lösungen bieten. Solche Initiativen gibt es für viele der Lieferketten, die eine Bedeutung für die deutsche Industrie oder die Konsumenten in Deutschland haben. Um diese große Menge handhabbar zu machen, wird im ersten Schritt eine Auswahl getroffen (Kap. 2), und es werden die jeweiligen spezifischen Problemstellungen der einzelnen Lieferketten dargestellt (Kap. 3). Im zweiten Schritt erfolgt die Analyse der für diese Lieferketten bestehenden Ansätze hinsichtlich unterschiedlicher Kriterien, wobei der zentrale Wirkungsmechanismus im Mittelpunkt steht (Kap. 4). Ziel ist die Identifizierung von Good Practices, bezogen auf spezifische Problemstellungen. Diese werden in Kap. 5 dargestellt. Den Abschluss bilden aus der Untersuchung abgeleitete Empfehlungen für Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

³ Zur Übersicht der Ratifizierung durch die jeweiligen Staaten siehe: http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:10011:0::NO::P10011_DISPLAY_BY,P10011_CONVENTION_TYPE_CODE:1,F.

2. Auswahl der Lieferketten

Aus forschungspraktischen Gründen kann in der vorliegenden Studie nur ein Teil der für Deutschland relevanten internationalen Lieferketten betrachtet werden. Eine Auswahl entsprechend der „Schwere“ der Herausforderungen - also entsprechend den Hotspots im eigentlichen Sinne - wird vor dem Hintergrund der Probleme bei der Vergleichbarkeit als wenig sinnvoll erachtet. So ist eine Art Ranking zwischen verschiedenen Umwelt- und/oder Sozialproblemen - etwa zwischen Kinder- und Zwangsarbeit auf der einen Seite und der Verunreinigung von Trinkwasser mit Quecksilber auf der anderen Seite - weder methodisch noch ethisch möglich. Darüber hinaus sind nicht zwangsläufig diejenigen Themen, die die größte Aufmerksamkeit bekommen, auch die schwerwiegendsten (EICC und GeSI 2008, S. 5). Gleichzeitig lassen sich, wie oben beschrieben, in allen entsprechenden Lieferketten solche Hotspots finden.

Die Auswahl der in die Betrachtung einbezogenen Lieferketten erfolgte deshalb anhand von statistischen Daten zu ihrer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft, gemessen an der Einfuhr und dem Konsum (siehe Anhang I). Ein Kriterium war dabei ein hoher Anteil an der jeweiligen Grundgesamtheit. So ist die Sojaeinfuhr der größte Einzelposten bei den Agrarimporten. Ein anderes Kriterium ist die Bedeutung der betreffenden Lieferketten für die deutsche Industrie im Sinne ihrer Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der entsprechenden Rohstoffe. So sind einige der wichtigsten und umsatzstärksten deutschen Branchen wie die Automobilherstellung, der Maschinenbau oder die Elektronik- und Elektrotechnikindustrie in hohem Maße auf Mineralien und Erze aus dem Ausland angewiesen. Schließlich war für die Einbeziehung der infrage kommenden Lieferketten ihre zentrale Rolle im Konsumgüterbereich maßgeblich. Hier stehen die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Produkte der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) an vorderster Stelle.

Als Ergebnis einer entsprechenden Clusterung nach Rohstoffen und industrieller Fertigung wurden folgende zentrale Lieferketten identifiziert:

Rohstoffgewinnung	Industrielle Fertigung
Baumwolle	Textil- und Bekleidungsindustrie
Soja	
Mineralien und Erze	IKT
Fossile Rohstoffe	

Im Folgenden wird auf spezifische Herausforderungen der einzelnen Lieferketten eingegangen.

3. Darstellung der Hot Spots in der jeweiligen Lieferkette

Neben den in Kapitel 1 dargestellten Gemeinsamkeiten gibt es wesentliche Unterschiede zwischen den Lieferketten. Diese sind unter anderem abhängig von spezifischen geographischen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten der Länder und der Frage, ob es sich eher um Käufer- oder Verkäufermärkte handelt, sowie von den jeweiligen Anforderungen der einzelnen Produktionsschritte.

3.1. Rohstoffgewinnung

Anders als im Bereich der Fertigung liegt der Rohstoffgewinnung und dem Anbau von Agrarprodukten in Schwellen- und Entwicklungsländern in der Regel nicht nur ein entsprechendes Kosten-

kalkül zugrunde. Während es bei Agrarprodukten vom Einzelfall abhängig ist, ob der Anbau nur in spezifischen Regionen möglich ist, können Mineralien und Erze nur dort abgebaut werden, wo sie vorkommen. Dies bedeutet, dass eine Verlagerung dieser Lieferketten in andere Länder nur begrenzt oder gar nicht möglich ist.

3.1.1. Mineralien und Erze

Die von der deutschen Industrie und in deutschen Importgütern wie z.B. Elektronikartikeln verwendeten Mineralien und Erze decken eine große Bandbreite ab. Die Art der Probleme im Sozial- und Umweltbereich unterscheidet sich aufgrund der spezifischen Rohstoffeigenschaften, der verwendeten Extraktionstechniken, der geographischen Verteilung der Abbaugebiete, der jeweiligen länderspezifischen Gegebenheiten sowie der unterschiedlichen Wertschöpfungsketten in der Weiterverarbeitung. So wird beispielsweise Gold in mehr als 75 Ländern unter sehr unterschiedlichen Produktionsbedingungen abgebaut, während Zinn und Palladium geographisch relativ konzentriert auftreten (EICC und GeSI 2008, iv).

Grundsätzlich ist der Bergbau mit einer Vielzahl ökologischer Herausforderungen konfrontiert. Dazu gehören die häufig weiträumige Zerstörung von Ökosystemen und die Flächeninanspruchnahme, aber auch die Verwendung von Chemikalien, die Gewässer und Böden belasten (Dolega et al. 2016).

Auch die Arbeitsbedingungen sind oft problematisch, wobei hier regelmäßig die Arbeitssicherheit im Vordergrund steht, während die Höhe der Löhne, anders als in anderen Sektoren, eher selten thematisiert wird. In einigen Fällen ist zudem der Umgang mit Gewerkschaftsvertretern oder das Verhalten privater Wachdienste problematisch. Darüber hinaus geht es vor allen Dingen um Menschenrechtsverletzungen, die weniger die Arbeitnehmer als die lokale Bevölkerung betreffen. So werden das Recht auf Land indigener Völker verletzt, Anwohner ohne entsprechende Entschädigung umgesiedelt und die Beeinträchtigung ihrer Gesundheit, zum Beispiel durch die Belastung des Trinkwassers mit Blei oder Quecksilber, in Kauf genommen. Zudem kommt es nicht selten zur gewaltsamen Niederschlagung von Protesten und in Einzelfällen auch zur Ermordung von Umweltaktivisten oder Gewerkschaftsvertretern. Ein Spezialfall, der in anderen Lieferketten so nicht auftritt, ist die direkte oder indirekte Finanzierung bzw. Unterstützung gewalttätiger Konflikte⁴ durch den illegalen Abbau und Verkauf von Rohstoffen (Manhart et al. 2015; Dolega et al. 2016; Schüler et al. 2016).

Eine weitere Besonderheit ist die Bedeutung des Kleinbergbaus. Während einige Rohstoffe, wie beispielsweise Kupfer, mehrheitlich von globalen oder staatlichen Konzernen abgebaut werden, ist der Anteil des oft illegalen Kleinbergbaus, unter anderem bei Gold (ca. 25%) und Zinn (ca. 50%), besonders hoch (EICC und GeSI 2008, v). Da es sich hier in der Regel um eine Form der armutsgetriebenen Existenzsicherung handelt, sind die sozialen Bedingungen und auch die Umweltstandards besonders niedrig, weil die betroffenen Einzelpersonen oder Familien häufig weder über die finanziellen Mittel noch über das notwendige Know-how verfügen, um sich und die Umwelt effektiv zu schützen. Gerade im artisanalen Bereich sind auch Themen wie Kinderarbeit von Bedeutung, die sonst im Bergbau eher von geringerer Relevanz sind (Potter und Lupilya 2016).

Auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ist die Bilanz des Bergbaus mitunter negativ. Unter dem Stichpunkt des „Ressourcenfluchs“ können verschiedene Phänomene aufgezählt werden. Am be-

⁴ Der Verkauf von Rohstoffen stellt allerdings in der Regel nur eine der Finanzierungsquellen der Bürgerkriegsparteien dar. Auch der Ursprung der Konflikte liegt nur in seltenen Fällen tatsächlich in der Rivalität um die Kontrolle der Bodenschätze begründet. Deshalb würde sogar eine vollständige Austrocknung dieser Finanzierungsquelle auch nicht automatisch zu einer Beendigung des jeweiligen Konflikts führen Wennmann 2005; Studdard 2004.

kanntesten ist vermutlich die sogenannte Holländische Krankheit. Sie beschreibt eine durch den Export von Rohstoffen verursachte Aufwertung und Überbewertung der heimischen Währung, die die Wettbewerbsfähigkeit der anderen Wirtschaftszweige und insbesondere der verarbeitenden Industrie in Mitleidenschaft zieht und im ungünstigen Fall zum Zusammenbruch der anderen heimischen Exportsektoren führen kann. Dadurch wächst zum einen die Abhängigkeit der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaft insgesamt von den Rohstoffausfuhren weiter, zum anderen begünstigt die komfortable Einnahmesituation die Vernachlässigung von Investitionen in Infrastruktur und Bildung.

Zudem können hohe Einnahmen aus dem Rohstoffabbau die – in politisch instabilen Ländern ohnehin hohe – Korruptionsanfälligkeit erhöhen. So sind die Zahlungsströme zwischen Bergbauunternehmen und Regierungen oft intransparent, und bei der Lizenzvergabe und Kontrolle der Einhaltung bestehender Vorschriften ist nicht selten Vorteilsnahme seitens der Verantwortlichen in Justiz und Verwaltung zu beobachten (Lambert 2012; Marshall 2001).

3.1.2. Fossile Rohstoffe

Im Prinzip ähneln die Herausforderungen bei der Gewinnung von Öl und Kohle denen im sonstigen Bergbau. Während beim Abbau von Kohle oft die Größe der beanspruchten Fläche ein besonderes Problem darstellt, ist die Ölförderung in vielen Fällen mit einer dauerhaften Umweltbelastung verbunden. Zudem ist die Nachfrage, insbesondere nach Öl, so hoch, dass die weitflächige Zerstörung von Ökosystemen - und dazu gehören in diesem Fall auch marine Ökosysteme - besonders stark ins Gewicht fällt (WWF 2014).

3.1.3. Soja

Soja macht prozentual den größten Anteil aller Agrarimporte nach Deutschland aus. Verwendet wird die Bohne in erster Linie als Tierfutter, zu kleineren Anteilen wird sie auch energetisch genutzt oder als Bestandteil von Kosmetika, Medizinprodukten und als Nahrungsmittel (Fritz 2011).

Problematisch ist beim Sojaanbau zum einen die damit verbundene Flächeninanspruchnahme, zum anderen der Anbau in Monokultur.

Bei der Flächeninanspruchnahme handelt es sich um direkte Landnutzungsänderungen (direct Land Use Changes, dLUC), bei denen Wald-, Grasland- und Savannenflächen in Ackerflächen umgewandelt wurden und werden. Die Sojaplantagen gehören zu den Hauptverursachern der Entwaldung in Lateinamerika. „Ein großer Teil des Landes, das in Brasilien, Argentinien und Paraguay für ihren Anbau genutzt wird, geht auf die Abholzung von 64 Millionen Hektar Naturwäldern in den vergangenen zwei Jahrzehnten zurück.“ (Fritz 2011, S. 34)

Aber auch indirekte Landnutzungsänderungen (iLUC) sind ein Thema. Vorher z.B. für die kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion oder die Viehwirtschaft verwendete Flächen dienen jetzt dem Anbau von Soja (Fritz 2011, S. 5). Mit letzterem ist auch ein unter dem Namen „Landgrabbing“ bekannt gewordenes Problem verbunden. Investoren, sowohl inländische als auch ausländische, kaufen landwirtschaftliche Nutzfläche im globalen Süden zum Anbau von Agrargütern für den Weltmarkt (cash crops). Diese Käufe erfolgen häufig ohne Einwilligung der Betroffenen, die Entschädigungszahlungen sind meist unzureichend und auch Vertreibungen nicht unüblich (Anseeuw et al. 2012). Darüber hinaus ist die Beschäftigungsbilanz der industriellen Landwirtschaft im Vergleich zur kleinbäuerlichen negativ, da aufgrund des hohen Technisierungsgrades nur eine relativ geringe Zahl an Arbeitskräften benötigt wird (Schlesinger 2006).

Der Anbau von Soja erfolgt in Monokultur, wobei es sich bei 81% der globalen Ernte um genmodifizierte Pflanzen handelt (Potts et al. 2014, S. 260). Der damit verbundene intensive Einsatz von Pestiziden, Herbiziden und Düngemitteln belastet Böden und Gewässer. Aufgrund der Entwicklung von Resistenzen nimmt die Menge der verwendeten Gifte zudem konstant zu, und unwirksam gewordene Pestizide und Herbizide werden durch andere, teils stärker toxisch wirkende Substanzen ersetzt. Dadurch wird nicht nur der Anbau auf weiterhin zur Nahrungsmittelproduktion verwendeten Flächen erschwert oder unmöglich gemacht, auch schwerwiegende gesundheitliche Schäden bei Arbeitern und Anwohnern sind belegt (Paganelli et al. 2010; Fritz 2011).

3.1.4. Baumwolle

Das größte ökologische Problem beim Anbau von Baumwolle liegt darin, dass es sich einerseits um eine Pflanze handelt, die große Mengen an Wasser benötigt, sich andererseits aber Regenfälle ungünstig auf den Ernteertrag auswirken, d.h. die eigentlich tropische Pflanze wird aus ökonomischen Gründen vornehmlich in ariden, also ohnehin von Wasserknappheit betroffenen Regionen angebaut. Die deswegen notwendige künstliche Bewässerung kann zu regionalem Wassermangel führen. Das bekannteste Beispiel hierfür ist der Aralsee, der auch aufgrund des Baumwollanbaus in Usbekistan in weiten Teilen ausgetrocknet ist (Saiko und Zonn 2000).

Anders als Soja wird Baumwolle sowohl in großen Plantagen angebaut, vornehmlich in den USA, als auch im Rahmen kleinbäuerlicher Landwirtschaft, wie zum Beispiel in Indien und vielen afrikanischen Ländern. In beiden Fällen allerdings werden auch hier große Mengen an Pestiziden, Herbiziden und Düngemitteln verwendet, was in Kombination mit der Bewässerungsproblematik häufig zu einer Versalzung der Böden führt.

Die sozialen Herausforderungen des Baumwollanbaus unterscheiden sich stark nach Anbauregionen bzw. -ländern. In den letzten Jahren stand besonders der Baumwollanbau in Usbekistan im Fokus der Aufmerksamkeit, da dort ein Großteil der Bevölkerung, auch Schulkinder, staatlicherseits zu Zwangsarbeit bei der Baumwollernte verpflichtet wurde und in etwas geringerem Umfang noch wird (The Uzbek-German Forum for Human Rights 2014). Ein weiteres Thema, das besonders in Indien von Bedeutung ist, stellt die Verschuldung von Kleinbauern dar, die zum Erwerb von genmodifiziertem Saatgut, Pestiziden und Düngemitteln oft hohe Kredite aufnehmen, die sie häufig nicht zurückzahlen können (Behere und Behere 2008)⁵. Der großflächige Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gefährdet darüber hinaus häufig die Gesundheit der Bauern und Landarbeiter, da die Arbeitsschutzmaßnahmen in der Regel unzureichend sind. Die Rolle von Baumwolle in einer von Subsistenzwirtschaft bestimmten Landwirtschaft ist auch in Afrika ein Thema; allerdings gibt es hier einige Länder, in denen teilweise oder vollkommen auf den Anbau von GMO-Baumwolle verzichtet wird, weshalb hier eher das Potential von Baumwolle als cash crop für die ländliche Bevölkerung im Mittelpunkt steht (Ferenschild 2014).

Aufgrund der Bedeutung von Baumwolle als Exportprodukt werden immer wieder die hohen Subventionen für amerikanische und, in geringerem Umfang, auch europäische Baumwollerzeuger⁶ diskutiert, die den Weltmarktpreis drücken und so eine zentrale Einkommensquelle einiger Entwicklungs- und Schwellenländer schädigen. Zwar haben die USA nach einer Klage von Brasilien vor der WTO eine Entschädigung an das südamerikanische Land gezahlt, an der Subventionspraxis selbst hat sich aber nichts Wesentliches geändert (Neue Zürcher Zeitung 2014; Baffes 2011).

⁵ Ein direkter Zusammenhang zwischen dem Anbau genmodifizierter Baumwolle und einer erhöhten Selbstmordrate innerhalb der ländlichen Bevölkerung Indiens ist allerdings nur teilweise wissenschaftlich belegt (siehe u.a. Gruère und Sengupta 2011)

⁶ International zählt Europa, und hier in erster Linie Spanien und Griechenland, zwar zu den kleineren Baumwollproduzenten; allerdings zahlt die EU die weltweit höchsten Subventionen pro Pfund Baumwolle 2003.

3.2. Industrielle Fertigung

Die sozialen und ökologischen Herausforderungen bei der industriellen Fertigung ergeben sich vornehmlich aus der Tatsache, dass die Entscheidung zur Produktion in bestimmten Ländern in erster Linie auf Kostenerwägungen beruht und so nahezu zwangsläufig mit niedrigen Löhnen und Sozialstandards einhergeht.

3.2.1. Textil- und Bekleidungsindustrie

Der Textil- und Bekleidungssektor ist wohl das bekannteste Beispiel eines sogenannten „Race to the Bottom“. Aufgrund der geringen Investitionskosten und des vergleichsweise niedrigen Qualifikationsaufwands kann die Textilindustrie in jedem Land produzieren, das minimale Infrastrukturvoraussetzungen bietet. Demzufolge sind Lohnhöhe und Sozialstandards der zentrale Faktor, der über den Produktionsstandort entscheidet.

Nach dem Auslaufen des „Welttextilabkommens“ zur Quotierung von Textilexporten (ATC) in 2004 verschärfte sich der Wettbewerb unter den damals ca. 160 Produktionsländern (Wick 2009, S. 5). Aufgrund dieses Wettbewerbs um die niedrigsten Kosten sinken die Exportpreise für Textilien seitdem kontinuierlich (Wick 2009, S. 9; Anner 2015, S. 4). Während Bangladesch auch aktuell am stärksten im medialen Fokus steht, droht seit der Einführung höherer Löhne und Initiativen wie dem Bangladesh Accord eine zumindest partielle Abwanderung des Textilsektors in Länder wie Myanmar oder Äthiopien, da beispielsweise in Äthiopien die Lohnhöhe nur ein Drittel derjenigen von Bangladesch beträgt (Anner 2015, S. 2–3; SOMO et al. 2017).

Die Lohnhöhe ist es auch, die die internationale Debatte um die Arbeitsbedingungen im Textilsektor prägt. Während häufig argumentiert wird, dass die Hersteller die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlöhne zahlen, kommen zahlreiche Analysen von NROs und Arbeitnehmerorganisationen zu dem Ergebnis, dass diese in den meisten Ländern grundsätzlich nicht ausreichen, die Lebenshaltungskosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu decken. Zentral für die Verbesserung der Situation ist demnach die Einführung eines „living wage“, also von existenzsichernden Löhnen (siehe u.a. Fair Labor Association 2016; ETI et al. 2015; Fair Labor Association 2016).

Ein zweiter zentraler Punkt ist die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten. Auch hier besteht, zumindest statistisch, ein direkter Zusammenhang zwischen niedrigen Produktionskosten und schlechten Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (siehe Anhang II). Am stärksten betroffen sind die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen. Dazu gehören gesetzliche Einschränkungen, aber auch Todesdrohungen, unrechtmäßige Inhaftierungen oder Polizeigewalt gegenüber Streikenden (Anner 2015). Auch aufgrund dieser Einschränkungen von Arbeitnehmerorganisationen sind exzessive und/oder unbezahlte Überstunden, sexuelle Belästigung der vornehmlich weiblichen Arbeitskräfte oder Zwangs- und Kinderarbeit regelmäßig anzutreffende Phänomene (SOMO 2014).

Mit dem Einsturz eines Gebäudes in Bangladesch (2013), bei dem über tausend Textilarbeiterinnen und -arbeiter ums Leben kamen, hat zudem das Thema Arbeitssicherheit an Aufmerksamkeit gewonnen (Reinecke und Donaghey 2015). Ging es in diesem Zusammenhang vor allem um Fragen des Brandschutzes und der Gebäudesicherheit, so gehört zu diesem Problemkomplex darüber hinaus auch der Umgang mit Chemikalien, die insbesondere in der Textilveredelung eingesetzt werden und sowohl zu einer Schädigung der Gesundheit bei den Arbeiterinnen und Arbeitern als auch zum Eintrag toxischer Substanzen in die Umwelt führen (Greenpeace 2014).

3.2.2. IKT

Der „Race to the Bottom“ ist in der IKT-Produktion etwas weniger stark ausgeprägt als im Textilsektor, da dort die Investitionen in Anlagen und das erforderliche Qualifikationsniveau der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Tendenz höher sind. Aber auch hier sind Schwierigkeiten bei der Einhaltung grundlegender Sozialstandards zu beobachten.

So werden auch im IKT-Sektor in der Regel Mindestlöhne und keine existenzsichernden Löhne gezahlt. Zudem sind übermäßige und unbezahlte Überstunden üblich (WEED 2015, S. 7; Centro de Reflexión y Acción Laboral 2015). Hinzu kommen Formen der Zwangsarbeit. So werden beispielsweise chinesische Studenten gezwungen, „Praktika“ in der IKT-Industrie zu absolvieren, wo sie über mehrere Monate sechs Tagen in der Woche in 10-12 Stunden-Schichten am Fließband arbeiten (Danwatch 2015). Noch gravierender ist die Situation für Wanderarbeiter in Malaysia. Aufgrund der weit verbreiteten Praxis, Arbeiterinnen und Arbeiter über Vermittler anzuwerben, was in der Regel bedeutet, dass im Vorfeld hohe Vermittlungsprovisionen gezahlt werden müssen, befinden sich diese über lange Zeiträume in Schuldknechtschaft. Dazu gehört häufig auch die Einbehaltung der Ausweisdokumente. Nach Schätzungen sind davon ca. 30% der Arbeiterinnen und Arbeiter in der malaysischen IKT-Industrie betroffen (Verité 2014, S. 9–13).

Ebenfalls kennzeichnend für die IKT-Fertigung ist der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad. Neben entgegenstehenden gesetzlichen Regelungen wie z.B. in China (Yang 2006) ist hierfür auch der hohe Anteil an befristeten und Leiharbeitsverhältnissen verantwortlich. Selbst in Südkorea, wo es eine vergleichsweise starke gewerkschaftliche Tradition gibt, liegt der Organisationsgrad in der IKT-Industrie bei nur 3,5 % (Electronics Watch 2014).⁷

Darüber hinaus ist der Arbeitsschutz unterentwickelt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind verschiedenen gesundheitsschädlichen Chemikalien ausgesetzt und werden unzureichend geschützt. Zu den Auswirkungen wie erhöhten Krebsraten oder reproduktionsmedizinischen Schäden kommt hinzu, dass Entschädigungen kaum oder nur sehr schwer erreicht werden können, was nicht zuletzt mit den kurzfristigen Arbeitsverhältnissen zu tun hat (Labour Action China et al. 2016)

4. Freiwillige Initiativen zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Standards in den Lieferketten

4.1. Bestandsaufnahme

Wenn der Staat seinen Steuerungspflichten bezüglich der Setzung von Sozialstandards- und Umweltstandards nachkommt und auch deren Vollzug gewährleistet, reicht es, wenn die Unternehmen compliant sind, d.h. die gesetzlichen Regelungen einhalten. In diesem Kontext sind private Initiativen zwar immer noch von Bedeutung, da sie über die gesetzlichen Standards hinausgehen und Modellcharakter haben können, aber der Staat gewährleistet die Einhaltung nicht zu unterschreitender Minimalstandards (Internationale Arbeitsagentur 2016, S. 42).

Nachhaltiges Lieferkettenmanagement bezieht sich deshalb i.d.R. vor allem auf einen Kontext, in dem die staatliche Steuerungsfähigkeit oder der staatliche Steuerungswille so reduziert sind, dass eine Einhaltung von global anerkannten Minimalstandards nicht erreicht wird. In diesem Sinne handelt es sich bei den freiwilligen Initiativen für ein nachhaltiges Lieferkettenmanagement primär um Substitute wirksamer staatlicher Steuerung. Eine Ausnahme bilden diejenigen Ansätze, die

⁷ Auch wenn eine monokausale Erklärung an dieser Stelle sicher nicht angebracht ist, wird angenommen, dass der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad in der brasilianischen IKT-Industrie einer der wesentlichen Gründe dafür ist, dass diese nicht weiter expandiert van Wetering et al. 2015, S. 3.

weit höhere Standards setzen, als sie sowohl in internationalen Regelwerken und Übereinkommen festgeschrieben sind als auch in den gesetzlichen Bestimmungen der Industrieländer.⁸

4.2. Überblick zu privaten Initiativen

Die privatwirtschaftlichen Ansätze nehmen unterschiedliche Formen an. Eine dieser Formen sind unternehmensspezifische Verhaltenskodizes für Lieferanten (Supplier Codes of Conduct). Diese definieren in der Regel Mindeststandards für Lieferanten. Inwieweit diese Verhaltenskodizes wirksam sind, hängt stark von ihrer Ausgestaltung ab. Zentral sind dabei vor allen Dingen ergänzende Instrumente zur Durchsetzung der Standards. Da sich jedoch zunehmend die Ansicht durchsetzt, dass grundlegende Verbesserungen nicht von einzelnen Unternehmen, sondern nur in Kooperation mit anderen Akteuren erreicht werden können, werden in dieser Studie nur solche Ansätze behandelt, die über einzelne Unternehmen hinausgehen (für mehr Details zu unternehmensspezifischen Ansätzen siehe u.a. Vurro et al. 2009, S. 608–610).

Diese wiederum unterscheiden sich auf vielfältige Weise. Eine erste Übersicht zeigt die folgende Grafik, wobei sich nicht alle Ansätze trennscharf der einen oder anderen Kategorie zuordnen lassen. Kennzeichnend ist jedoch, dass der Grad der Verbindlichkeit in der Regel steigt, je spezifischer die Ausrichtung auf bestimmte Themen, Unternehmen oder Produkte ist.



Quelle: eigene Darstellung

Die Basis bilden Standards, die von inter- und supranationalen Organisationen erarbeitet und herausgegeben werden. In der Regel verfügen sie über keine oder sehr schwache Mechanismen zur Durchsetzung. Sie dienen eher als Leitlinien und Bezugsrahmen für andere Initiativen. Dabei können sie das ganze Spektrum nachhaltiger Unternehmensführung adressieren, wie bspw. die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen oder der Global Compact der Vereinten Nationen, oder aber sie behandeln einzelne Themen wie die ILO-Kernarbeitsnormen und die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte.

Des Weiteren gibt es Initiativen, die sich branchenübergreifend mit spezifischen Aspekten beschäftigen wie beispielsweise die Ethical Trading Initiative (ETI), die sich mit Arbeitnehmerrechten befasst.

⁸ Dies gilt natürlich nur dann, wenn man annimmt, dass die gegenwärtigen Standards ausreichend sind, um eine global nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Ist dies nicht der Fall, so muss konstatiert werden, dass staatliche Governance momentan insgesamt defizitär ist im Angesicht der globalen sozialen und ökologischen Herausforderungen.

Den größten Teil machen jedoch branchenspezifische Ansätze aus. Diese können sowohl ökologische und soziale Aspekte umfassend abdecken, wie beispielsweise der TSM-Standard (Towards Sustainable Mining) des kanadischen Bergbauverbands, der sowohl Themen wie die Rechte indigener Bevölkerung als auch ökologische Anforderungen im Bergbau abdeckt, oder aber sie adressieren spezifische Problemstellungen, bezogen auf eine bestimmte Branche. Beispiele hierfür sind der Bangladesh Accord, der sich mit Arbeitsschutz und Gebäudesicherheit in der Textilindustrie beschäftigt, oder die EITI (Extractive Industries Transparency Initiative), die das Ziel hat, Zahlungen von Unternehmen aus der Rohstoffgewinnung an Regierungen transparent zu machen.

Diese Brancheninitiativen beinhalten jedoch nur in den seltensten Fällen Zertifizierungsmechanismen, d.h. verbindliche Verfahren, die sicherstellen, dass die vorgegebenen Standards auch tatsächlich eingehalten werden.

Solche Standards wiederum gibt es sowohl für Unternehmen als auch für Produkte, wobei es sich, wie beim Fair Trade Standard, auch um Mischformen handeln kann, bei denen Unternehmen bestimmte Voraussetzungen erfüllen müssen, um ihre Produkte zertifizieren zu lassen. Häufig sind diese Ansätze in der breiten Öffentlichkeit bekannter als die oben angesprochenen, da sie den Herstellern häufig das Recht einräumen, ihre Produkte durch Label zu kennzeichnen.

Für die vorliegende Studie wurden Ansätze aus allen oben beschriebenen Kategorien betrachtet, wobei der Schwerpunkt auf branchenspezifischen Initiativen liegt. Insgesamt wurden ca. 50 Initiativen einbezogen. Der damit erreichte Abdeckungsgrad je Branche ist höchst unterschiedlich. So gibt es für die Erdölindustrie überhaupt nur eine Initiative, die zudem über keinerlei verbindliche Standards oder Umsetzungsmechanismen verfügt, während die Zahl der Initiativen im Bergbau-sektor sowie in der Textilindustrie kaum noch überschaubar ist.

Die meisten der Ansätze formulieren bestimmte Standards, die durch verschiedene Instrumente erreicht werden sollen. Diese unterscheiden sich sowohl nach Themenfeld als auch hinsichtlich ihrer Verbindlichkeit stark.

Themen: Der überwiegende Teil der Initiativen fokussiert auf soziale Standards, und hier vor allen Dingen auf Sozialstandards für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Thema Umweltschutz hat dagegen nur im Bergbau und in der Landwirtschaft einen relativ hohen Stellenwert, während es in der Textil-⁹ und IKT-Branche noch vergleichsweise unterrepräsentiert ist.

Für den Bergbau formuliert eine größere Zahl von Ansätzen neben sozialen auch Umweltziele, u.a. die ICMM (International Council on Mining & Metals) Good Practice Guidance for Mining and Biodiversity, das MPF (Mining Policy Framework), das IGF (Intergovernmental Forum on Mining, Minerals, Metals and Sustainable Development) oder die IRMA (Initiative for Responsible Mining Standards). Und auch beim Soja- und Baumwollanbau sind Themen wie Wasser- und Pestizidverbrauch Teil der Standards. Hinzu kommen übergreifende Ansätze wie das No Deforestation Commitment.

In Bezug auf soziale Themen ist das Spektrum sehr breit, wobei auch hier wieder Unterschiede zwischen den Branchen erkennbar sind. Adressiert werden die Arbeitsbedingungen und die Höhe der Löhne, die Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden und die indigene Bevölkerung sowie - umfassender - gesellschaftliche Themen wie Korruption oder Konfliktfinanzierung. Dabei liegt der Fokus bei den Initiativen, die sich mit der Fertigung (Textil, IKT) beschäftigen, eher bei den

⁹ Eine Ausnahme im Textilsektor bildet die Detox-Kampagne von Greenpeace, in deren Rahmen sich Textilmarken dazu verpflichten, auch in der Fertigung bestimmte Chemikalien nicht mehr zu verwenden. Der Fokus auf potentiell gesundheits- und umweltschädliche Stoffe ist in der Textilindustrie aber noch vergleichsweise neu.

Arbeitsbedingungen, während im Bergbau und in der Landwirtschaft die Auswirkungen auf Anwohner und Gesellschaft von größerer Bedeutung sind.

Ein weiterer Unterschied zwischen Umwelt- und Sozialthemen besteht bezüglich der übergreifenden Standards, an denen sich die Initiativen orientieren. Während es bei den Arbeitsbedingungen einen klaren Bezugsrahmen gibt, die ILO-Kernarbeitsnormen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, ist ein ähnlich verbindlicher Katalog für das Thema Umwelt bislang noch nicht erkennbar. Es bleibt abzuwarten, welche Rolle neue Konzepte, z.B. Vereinbarungen und Abkommen wie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, das Paris Abkommen oder die SDGs (Sustainable Development Goals) in Zukunft für die freiwilligen Ansätze spielen werden.

Verbindlichkeit: Die Strenge der Standards und ihre Verbindlichkeit weisen ein breites Spektrum auf. Am vagsten und unverbindlichsten ist vermutlich die IPIECA (International Petroleum Industry Environmental Conservation Association). Hier wird nur der eine oder andere Good Practice-Leitfaden erstellt. Das andere Ende des Spektrums bilden Zertifizierungsorganisationen wie Fair Trade, deren Standards sowohl sehr detailliert als auch verbindlich sind, d.h. die Nicht-Befolgung führt vergleichsweise schnell zum Entzug des Zertifikats.

Wie verbindlich und hoch die Standards jeweils sind, hängt in starkem Maße von der jeweiligen Trägerorganisation ab. Standards, die von Akteuren der Zivilgesellschaft oder Gewerkschaften gesetzt werden, sind in der Regel vergleichsweise anspruchsvoll, während diejenigen, die sich eine Branche selber setzt, die Tendenz innewohnt, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu repräsentieren.

4.3. Analyseraster

Die untersuchten Ansätze werden in Hinblick auf verschiedene Kriterien betrachtet. Dabei steht die Frage nach der Funktionsweise im Mittelpunkt, also wie und mit welchen Instrumenten die jeweiligen Ziele erreicht werden. Die Analyse basiert primär auf den von den Initiativen im Internet zur Verfügung gestellten Informationen. In einigen Fällen werden, sofern verfügbar, auch externe Bewertungen hinzugezogen.

Neben den Basisdaten, zu denen der Name der Trägerorganisation, das Jahr der Gründung, die adressierte Branche bzw. der jeweilige Rohstoff und die Fertigungsstufe gehören, werden folgende Elemente betrachtet:

- Die adressierte Problemstellung: Welcher Herausforderung soll konkret begegnet werden? Dabei wird unterschieden zwischen ökologischen und sozialen Themen. Wobei letztere noch einmal unterteilt sind in solche, die die Arbeitnehmer, und in solche, die die lokale Bevölkerung oder die Gesellschaft als Ganzes betreffen.
- Die involvierten Stakeholder: In der Regel sind bei der Entwicklung und Umsetzung lieferkettenbezogener Ansätze verschiedene Stakeholder beteiligt. Bei der Betrachtung geht es nicht nur darum festzustellen, wer diese Stakeholder sind, sondern auch, welche Rolle sie im Prozess innehaben. D.h. sind sie selbst Mitglieder oder Träger der Initiative, haben sie nur eine beratende Rolle, und wenn ja, wie ist diese ausgestaltet?
- Die Beziehung zu anderen Initiativen: Gerade aufgrund der häufig diskutierten Fragmentierung der Ansätze wird gefragt, ob es Beziehungen zu anderen Ansätzen gibt, wie z.B. den Bezug auf bestimmte Leitlinien oder Formen der gegenseitigen Anerkennung.
- Der Durchsetzungsmechanismus: Hier wird analysiert, mittels welcher Instrumente bzw. Instrumentenkombinationen die jeweilige Zielsetzung erreicht werden soll. Dazu können Audits,

Zertifizierungen sowie unterschiedliche Formen des Capacity Building gehören. Ein weiterer relevanter Aspekt sind die Sanktionierungsmöglichkeiten, die bei Nichteinhaltung der Standards bestehen.

- Die Transparenz: Transparenz ist ein zentraler Faktor in Bezug auf nachhaltige Lieferketten. Dabei ist die Frage, für wen Informationen zugänglich gemacht werden, entscheidend. So können Daten wie z.B. Auditergebnisse der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Transparenz ist aber auch wichtig für die Unternehmen, die die Produkte herstellen lassen.
- Die Reichweite und der Impact: Zur Beantwortung der Frage, inwieweit ein Ansatz tatsächlich erfolgreich ist, sind beispielsweise Daten zur absoluten Zahl der Mitglieder erforderlich, zum Wachstum oder zum Abdeckungsgrad, bezogen auf die gesamte Branche. Die Wirksamkeit im Sinne des Zielerreichungsgrads wiederum lässt sich nur relativ schwer feststellen. Gerade hier wird, wenn vorhanden, auf externe Bewertungen zurückgegriffen.

5. Good Practices in Bezug auf spezifische Herausforderungen

In den folgenden Abschnitten werden aus der Analyse der Ansätze abgeleitete zentrale Aspekte behandelt, die so oder ähnlich verschiedene Lieferketten im globalen Süden betreffen. Statt der Identifikation flächendeckend anwendbarer Good Practice-Ansätze auf übergeordneter Ebene sollen vorbildliche Ansätze in Bezug auf spezifische Probleme und strukturelle Herausforderungen verschiedener Lieferketten dargelegt werden. Dies ist deshalb sinnvoll, weil sich sowohl die Lieferketten selbst als auch die Ansätze vielfältig unterscheiden und ein „one fits all“-Ansatz daher kaum denkbar ist. Vielmehr geht es darum, für spezifische Herausforderungen die jeweils passenden Antworten zur Hand zu haben.

Der verwendete Begriff der Good Practice bedeutet dabei nicht, dass der beschriebene Ansatz in jeder Hinsicht ideal wäre, sondern nur, dass er, bezogen auf eine spezifische Fragestellung, einen als gut geeignet erscheinenden Handlungsansatz beinhaltet. So ist beispielsweise die Zertifizierungspflicht der *LBMA (London Bullion Market Association)* für Gold ein gutes Beispiel dafür, wie das Ansetzen an einem zentralen Punkt der Handelsstruktur zu einem hohen Verbreitungsgrad führen kann. Der Standard selbst beinhaltet aber nur einen Aspekt, nämlich die Konfliktfreiheit. Weitere soziale und ökologische Themen sind nicht abgedeckt. Die jeweiligen Defizite werden im Folgenden aber nur dann zusätzlich diskutiert, wenn sie in einem direkten Zusammenhang zur vorgestellten Good Practice stehen.

5.1. Rechtsetzungs- und Vollzugsdefizit in den Produktionsländern

Wie schon weiter oben erwähnt, ist ein Großteil der privaten Initiativen vor allen Dingen deshalb notwendig, weil die staatliche Steuerung im jeweiligen Land unzureichend ist. Dennoch gibt es sehr wenige Ansätze, die staatliche Stellen entweder direkt adressieren oder zumindest als „Stakeholder“ einbeziehen.

Nun kann argumentiert werden, dass die Verbesserung staatlicher Governance bzw. die Einflussnahme auf Politik nicht Aufgabe von Unternehmen sind. Eine solche Argumentation vernachlässigt aber die Tatsache, dass Wirtschaftsakteure von jeher Einfluss auf staatliche Entscheidungen nehmen. Nicht umsonst ist der Umfang, in dem auch in den Industriestaaten Interessenvertretung durch Wirtschaftsverbände und andere Organisationen erfolgt, ein viel diskutiertes Thema.

Auch im CSR-Diskurs gewinnt die Frage nach verantwortungsvollem oder nachhaltigem Lobbying zunehmend an Bedeutung. Dabei geht es hier um zwei unterschiedliche Stoßrichtungen. Zum einen um das Wie der Interessenvertretung - Themen sind an dieser Stelle Transparenz oder Korruption. Zum anderen müssen Unternehmen sich der Frage stellen, inwieweit sie bei der Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Politik auch Einfluss im Sinne von mehr Nachhaltigkeit bzw. verantwortungsvollem Wirtschaften nehmen (Bauer 2017; Köppl 2012).

In diesem Sinne könnte ein Weg zu höheren sozialen und ökologischen Standards in der Lieferkette auch darin bestehen, Druck auf die nationalen Regierungen in Bezug auf „nachhaltigere“ Gesetzgebung auszuüben und auch den Vollzug der bestehenden Gesetze zu unterstützen.

Ein Ansatz, der diese Komponenten bereits beinhaltet, ist die Zusammenarbeit des *Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh (Accord)*, der *Alliance for Bangladesh Worker Safety (Alliance)* und des *National Tripartite Plan of Action on Fire Safety and Structural Integrity in the garment Sector (NTPA)*. Es handelt sich um drei unterschiedliche Initiativen, die institutionell jedoch miteinander verbunden sind und jeweils sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmerorganisationen als Stakeholder integrieren. Das NTPA ist ein Programm der Regierung von Bangladesch zur Verbesserung der Bedingungen im Textilsektor. Im Rahmen dieses Programms sollen sowohl Gesetze zur Vereinigungsfreiheit verändert als auch die Umsetzung der existierenden Gesetzgebung zur Arbeits- und Gebäudesicherheit durch eine Aufstockung des Personals verbessert werden. Die Inspektionen durch Accord und Alliance wiederum werden in Abstimmung mit den zuständigen staatlichen Stellen durchgeführt. Darüber hinaus sind die Unternehmen, die den Accord unterzeichnen, rechtlich an die Erfüllung der gesetzten Standards gebunden (Khan und Wichterich 2015).

Ein weiteres Beispiel für einen Ansatz, der auf eine Verbesserung der staatlichen Governance abzielt, ist die *Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)*. Hier geht es vor allen Dingen um die Verminderung der Korruptionsanfälligkeit von Staaten, bei denen ein Großteil der Wirtschaftsleistung auf der Rohstoffförderung basiert, durch eine Erhöhung der Transparenz der Zahlungsströme. Mitglied beim EITI werden die Staaten selbst. Sie verpflichten sich damit, Zahlungen der rohstofffördernden Unternehmen an den Staat offenzulegen. Gleichzeitig sind die betroffenen Unternehmen ebenfalls dazu verpflichtet, die entsprechenden Angaben zu machen. Über einen Abgleich zwischen den Daten kann dann die Plausibilität geprüft werden.

5.2. Unterschiedlich starke Einflussmöglichkeiten auf die Akteure in der Lieferkette

Welchen Einfluss Unternehmen auf ihre Lieferketten haben, ist in hohem Maße abhängig von der Struktur der Lieferketten. Wie der Begriff der Kette nahelegt, handelt es sich in der Regel um eine Reihe verschiedener Unternehmen, die unterschiedliche Prozessstufen abdecken – von der Rohstoffgewinnung bis zur Endfertigung. Hinzu kommen in vielen Fällen Zwischenhändler innerhalb der Lieferkette.

Die konkrete Ausgestaltung unterscheidet sich von Lieferkette zu Lieferkette, so dass die Zahl der Akteure sich je nach Stufe stark unterscheiden kann. Häufig stehen fragmentierte Akteursgruppen Oligopolen gegenüber. Dies hat Auswirkungen auf die Machtverteilung in der jeweiligen Lieferkette, denn die Oligopolisten können ihre Interessen und Standards sehr viel einfacher durchsetzen als die stark fragmentierten Akteursgruppen (Abdulsamad et al. 2015).¹⁰ Eine Standardunterscheidung ist in diesem Zusammenhang die nach Käufer- und Verkäufermärkten. Das heißt, es stehen

¹⁰ Für Beispiele aus dem Textilsektor, dem Agrarsektor und der IKT-Industrie siehe u.a. Abdulsamad et al. 2015; Internationale Arbeitsagentur 2016; EICC und GeSI 2008.

entweder viele Anbieter bzw. Produzenten wenigen Käufern gegenüber oder umgekehrt (Touboulic et al. 2014). Darüber hinaus können auch einzelne Organisationen, wie z.B. Handelsplätze für bestimmte Rohstoffe, Machtpositionen innerhalb von Lieferketten innehaben.

Aufgrund der daraus entstehenden spezifischen Machtverteilung ist die jeweilige Struktur einer Lieferkette hoch relevant für die Durchsetzung von Nachhaltigkeitsstandards.

Denn die Akteure mit der größten Verhandlungsmacht verfügen über eine entscheidende Rolle in der Lieferkette, da sie ihre Anforderungen an eine Vielzahl von Unternehmen weitergeben können, die auf sie angewiesen sind. Die Mobilisierung dieser Akteure ist somit - soweit eine Lieferkette solche Akteure aufweist - ein mögliches Mittel, entsprechende Sozial- und Umweltstandards durchzusetzen.

Die *London Bullion Market Association (LBMA)* ist ein solches Beispiel. Über diesen Marktplatz werden ca. 90% des weltweit gehandelten Feingolds gekauft und verkauft. Ein Zertifizierungssystem für die Anbieter besteht schon seit langem, bezog sich aber nur auf die Qualität des angebotenen Goldes. Seit 2012 müssen die zugelassenen Anbieter darüber hinaus die Konfliktfreiheit des Goldes durch Audits entlang der gesamten Lieferkette zertifizieren lassen. Aufgrund der Tatsache, dass es sich um den global wichtigsten Handelsplatz für Feingold handelt, haben die Anbieter kaum eine andere Wahl, als sich zertifizieren zu lassen.

Ähnlich wie bei den oben beschriebenen Szenarien gestaltet sich die Situation bei der *Mining Association of Canada (MAC)* und ihrem TSM- (*Towards Sustainable Mining*) Ansatz. Es handelt sich hierbei um den wichtigsten Branchenverband der Bergbauindustrie in Kanada. Der TSM-Standard umfasst sowohl soziale als auch ökologische Aspekte und ist für alle Verbandsmitglieder verbindlich. Da es anscheinend nahezu unumgänglich ist, als kanadisches Bergbauunternehmen Mitglied des wichtigsten branchenbezogenen Verbands zu sein, erreicht auch dieser Ansatz einen sehr hohen Wirkungsgrad.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass beide Initiativen nur im Kontext bestehender oder drohender staatlicher Regulierung ihre hohe Durchsetzungskraft entfalten können. Im Falle der LBMA sind es die Kriterien des Dodd Frank Act, im Falle der MAC und ihres TSM-Ansatzes bildet eine sich abzeichnende bzw. drohende staatliche Regulierung den entsprechenden Rahmen.

5.3. Die Rolle der Stakeholder ist häufig wenig spezifiziert

Die meisten Ansätze lassen sich als Multi-Stakeholder-Initiative charakterisieren, d.h. unterschiedliche Akteure aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und in Ausnahmefällen auch der Politik und Verwaltung kooperieren bei der Ausarbeitung der Ansätze und teilweise auch bei der Umsetzung. Dabei kann unterschieden werden zwischen solchen Initiativen, die von Wirtschaftsakteuren getragen werden, wie unter anderem der *Business Social Compliance Initiative (BSCI)*, und solchen, bei denen Akteure der Zivilgesellschaft die eigentlichen Träger sind, wie im Falle der *Fair Wear Foundation*.

Die Einbeziehung von Stakeholdern dient, insbesondere bei Initiativen der Wirtschaft, zum einen dazu, die unterschiedlichen Perspektiven bei der Entwicklung der Standards zu berücksichtigen. Zum anderen hat die Einbindung eine Legitimierungsfunktion. Am häufigsten werden dabei internationale zivilgesellschaftliche Organisationen eingebunden, die ihren Ursprung in der Regel in den Industrieländern haben. Seltener sind Arbeitnehmervertreter, lokale NGOs, staatliche Stellen in den Produktionsländern oder internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen als Stakeholder vertreten.

Ein relativ großer Teil der Initiativen, wenn auch nicht alle, veröffentlicht zumindest die Namen der Organisationen, die an dem Prozess teilnehmen. In Einzelfällen werden auch konkrete Personen namentlich genannt.

Weniger detailliert sind oft die Angaben zur konkreten Aufgabe bzw. zu den tatsächlichen Entscheidungsbefugnissen der Stakeholder. In der Regel sind sie Teil eines beratenden Gremiums, wobei unklar bleibt, ob dieses Gremium zum Beispiel über ein institutionalisiertes Vetorecht verfügt.

Eine Ausnahme bildet die TSM-Initiative des kanadischen Bergbauverbands. Hier ist genau festgelegt, wie viele Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Anspruchsgruppen im *Community of Interest Advisory Panel* sitzen. Zudem haben diese das Recht, die Berichte der Unternehmen zu prüfen, eine bestimmte Zahl von Unternehmen zu befragen und eine öffentliche Stellungnahme zum jeweiligen Bericht abzugeben.

Das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen gehört zu den Kernarbeitsnormen der ILO, da Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur so eine realistische Möglichkeit haben, ihre Interessen gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten und so höhere Löhne oder bessere Sozialstandards auszuhandeln. Trotzdem sind Gewerkschaften vergleichsweise selten als Stakeholder eingebunden. Ein Grund hierfür ist sicherlich, dass in einigen Ländern kaum ausreichend starke Arbeitnehmervertretungen als Partner zur Verfügung stehen. So sind unabhängige Gewerkschaften in China verboten, und in Bangladesch hat die historische Entwicklung dazu geführt, dass Gewerkschaften wenig Legitimation besitzen (Rhaman und Langford 2012; Yang 2006). Ein weiterer Grund ist darin zu finden, dass die Lieferanten selbst wenig Interesse am Vorhandensein starker Gewerkschaften haben (Internationale Arbeitsagentur 2016, S. 35–36).

Eine Ausnahme bildet hier die *Fair Wear Foundation*, deren explizites Ziel es ist, Arbeitnehmervertretungen zu stärken. Sie arbeitet sowohl mit internationalen Gewerkschaftsorganisationen zusammen als auch, wenn vorhanden, mit lokalen Gewerkschaften. Als Stakeholder haben diese nicht nur eine beratende Rolle, sondern sind auch aktiv an den Prozessen beteiligt, z.B. wenn es um die Überprüfung von Beschwerden geht.

5.4. Die Lieferketten sind oft wenig transparent

Da viele Lieferketten lang und komplex und deshalb für die involvierten Firmen wie auch für interessierte Konsumenten schwer überschaubar sind, ist Transparenz eines der wichtigsten Themen in der Debatte rund um nachhaltiges Lieferkettenmanagement. Wenngleich Transparenz noch keines der Probleme löst (siehe auch den folgenden Abschnitt 5.5), ist die Kenntnis des Status quo unabdingbar, um überhaupt Schwachstellen identifizieren und beheben zu können.

Der Kern der Diskussion dreht sich um die Frage, inwieweit Informationen der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.¹¹ Hierbei geht es insbesondere um die Veröffentlichung von Auditergebnissen und Berichten, die im Rahmen des jeweiligen Standards entstanden sind.

Ein Beispiel für hohe Transparenzstandards ist die *Fear Wear Foundation*. Hier werden die Auditergebnisse nicht nur veröffentlicht, sondern können auch den einzelnen Abnehmerfirmen zugeord-

¹¹ Diese Diskussion bezieht sich nicht nur auf unternehmensübergreifende Initiativen, sondern fast noch stärker auf Einzelunternehmen, wie dies auch die Debatte um nicht finanzielle Berichterstattungspflichten zeigt. Häufig wird von Unternehmen in Hinblick auf die Veröffentlichung der Namen ihrer Zulieferer auf wettbewerbsrechtliche Bedenken und Geschäftsgeheimnisse verwiesen. Allerdings zeigen erste Unternehmen, dass diese Argumentation nicht grundsätzlich greift, indem sie die vollständige Liste ihrer Zulieferer veröffentlichen, teilweise sogar zusammen mit den betreffenden Auditergebnissen. In der Textilbranche trifft dies beispielsweise auf adidas zu.

net werden. Darüber hinaus sind auch Unterlagen zum weiteren Vorgehen einsehbar, in denen beschrieben wird, wie sowohl die Käuferfirma als auch der Hersteller auf Beanstandungen reagiert haben und welche Maßnahmen getroffen wurden, um das Problem zu lösen.

Eine andere Herangehensweise an das Thema Transparenz haben der *Higg Index der Textilindustrie* und *E-TASC* aus der IKT- Branche gewählt. Beide adressieren das Problem, dass die Lieferkette für die Käufer selbst nicht transparent ist. Während die Zulieferer der ersten Stufe meist noch bekannt sind, haben auch die Einkäufer selbst in der Regel wenige oder gar keine Informationen zu den Zulieferern weiter oben in der Lieferkette. Dem soll dadurch abgeholfen werden, dass die Zulieferer auf einer Onlineplattform Angaben zu ihren sozialen und ökologischen Standards bzw. zu bereits erfolgten Audits machen. Diese Angaben sind allen Mitgliedsunternehmen entlang der Lieferkette unter bestimmten Voraussetzungen zugänglich. Nicht zugänglich sind diese Plattformen allerdings der breiten Öffentlichkeit.

5.5. Transparenz alleine verändert die Situation vor Ort nicht – vom Audit zum Dialog

Die Art und Weise, wie Unternehmen versuchen, die ökologischen und sozialen Standards in ihren Lieferketten zu erhöhen, befindet sich im Wandel. Der traditionelle Weg führte primär über Audits. Dabei handelt es sich um einen top down-Ansatz, der auf Kontrolle setzt. Es wird überprüft, ob die Lieferanten die jeweils verlangten Standards erfüllen. Ist dies nicht der Fall, so werden, häufig nach einer gewissen Übergangsfrist, entweder das Vertragsverhältnis beendet oder die Zertifizierung entzogen. Teilweise wurden und werden diese Audits von den Unternehmen selbst durchgeführt; bei den hier untersuchten Initiativen handelt es sich jedoch nahezu ausschließlich um verpflichtende Audits, die von externen, in der Regel selbst zertifizierten Agenturen vorgenommen werden.

In den vergangenen Jahren ist dieses Vorgehen jedoch zunehmend in die Kritik geraten. Einmal aufgrund einer gewissen Unzuverlässigkeit in Bezug auf die erhobenen Daten. Diese bezieht sich zum einen auf die Frage nach angekündigten und nicht angekündigten Audits. Erstere erhöhen die Chance, dass insbesondere die zu prüfenden Unterlagen im Vorfeld an die jeweiligen Anforderungen angepasst werden oder dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hinsichtlich ihres Antwortverhaltens instruiert werden. Letztere sind insofern schwierig, als Audits in der Regel umfassende Dokumentenprüfungen beinhalten, die ohne Vorbereitungszeit kaum zur Verfügung gestellt werden können. Zum anderen wird immer wieder die Unabhängigkeit der Auditoren in Zweifel gezogen, da diese von den Aufträgen der Unternehmen abhängig sind (Terwindt und Saage-Maass 2016).

Der zweite und oft als wesentlicher erachtete Grund für Kritik bezieht sich auf die Wirksamkeit von Audits zur Verbesserung von Nachhaltigkeitsstandards. Audits stellen einen Status quo fest, sie liefern für sich allein genommen keinerlei Impulse zur Verbesserung der Situation, abgesehen von einem gewissen Drohpotential. Deshalb erfolgt zunehmend eine Verschiebung hin zu kooperativen Formen der Zusammenarbeit entlang der Lieferkette. Das heißt zum einen oft, dass Lieferanten Unterstützung bei der Erreichung der geforderten Standards erhalten, beispielsweise in Form von Schulungen. Zum anderen bedeutet es darüber hinaus aber auch, dass die Zusammenarbeit mit den Lieferanten stärker auf Langfristigkeit ausgelegt wird (Internationale Arbeitsagentur 2016, S. 55; Vurro et al. 2009, S. 610; Schleper et al. 2016, S. 12–13; Poynton 2015; GIZ 2014).

Auch wenn diese grundlegende Tendenz bestätigt werden kann, ist der Variantenreichtum innerhalb der Ansätze hoch. Neben Initiativen, die weder Audits noch Capacity Building beinhalten, gibt

es solche, die beides kombinieren, solche, die sich weiterhin primär auf Audits verlassen, und einige, die ausschließlich auf Schulungen setzen.

Das Ziel beispielsweise des *IDH Electronics Programms* ist es, die Beziehungen zwischen dem Management und den Arbeiterinnen und Arbeitern beim jeweiligen Lieferanten zu verbessern. Hierzu werden sowohl inhaltliche Schulungen und Übungen z.B. zu Arbeitnehmerrechten durchgeführt als auch praktische Schulungen und Übungen, u.a. zu Techniken der Kompromissfindung. Zur Evaluierung der Wirksamkeit und zur Abstimmung auf den Bedarf des jeweiligen Lieferanten wird sowohl vor Beginn als auch nach Abschluss der Trainingsphase ein Assessment durchgeführt.

Die *Ethical Trading Initiative (ETI)* arbeitet mit einem Standard, der im Wesentlichen aus den ILO-Kernarbeitsnormen besteht. Hierzu besteht für die Mitgliedsunternehmen eine entsprechende jährliche Berichtspflicht. Daneben setzt sie aber vor allen Dingen auf Capacity Building. Hierfür werden eigene Multi-Stakeholder-Programme für spezifische Regionen und Produktgruppen entwickelt, die in der Regel auch Weiterbildungs- und Trainingseinheiten beinhalten. Außerdem geht es darum, die Einkäufer zu schulen, damit sie in die Lage versetzt werden, Nachhaltigkeitsfragen bei ihren Einkaufsentscheidungen zu berücksichtigen.

5.6. Das Kostenproblem höherer Standards

Die Erhöhung der ökologischen und sozialen Standards als das zentrale Ziel der Initiativen ist in den seltensten Fällen kostenneutral umzusetzen, unabhängig davon, ob nun Audits oder verschiedene Formen des Capacity Building im Mittelpunkt stehen, ob Überstunden bezahlt werden müssen oder deren Umfang insgesamt reduziert werden soll, ob höhere Löhne gezahlt werden sollen oder ob der Brandschutz verbessert werden muss.

Eine Verbesserung der Situation ist also nur dann möglich, wenn entweder die Käufer höhere Preise zahlen oder aber die Lieferanten bereit sind, ihre Gewinnmargen zu reduzieren. Gerade an der mangelnden Bereitschaft der Käufer, für Produkte, die unter höheren Standards produziert werden, auch höhere Preise zu bezahlen, setzt ein nicht geringer Teil der Kritik an den bestehenden freiwilligen Initiativen an.

Eine Lösung für dieses Dilemma bieten bisher vornehmlich solche Ansätze, die beim Endkunden die Bereitschaft stärken, einen höheren Preis zu bezahlen, d.h. vor allem diejenigen, die ein Produktlabel vergeben. Diese lassen sich insbesondere im Bereich der Konsumgüter- und Lebensmittelindustrie finden. Beispiele sind *Fairtrade*, *GOTS (Global Organic Textile Standard)* oder der Soja-Standard von *Pro Terra*. Allerdings funktioniert dies keineswegs in allen Fällen. So wurde 2012 ca. die Hälfte des zertifizierten Sojas als konventionelles Soja verkauft, da sich keine Kunden fanden, die bereit gewesen wären, einen höheren Preis zu zahlen (Potts et al. 2014, S. 258). Unter solchen Bedingungen sinkt der Anreiz zur nachhaltigen Produktion auf allen Stufen der Lieferkette.

Ein weiterer Kritikpunkt in diesem Zusammenhang ist der, dass die durch die Kontrolle von Standards durch Audits verursachten hohen Transaktionskosten nicht zu einer tatsächlichen Verbesserung der Situation führen. Stattdessen sollten die Mittel eher in Capacity Building investiert werden. Für Beispiele, die diesen Ansatz grundsätzlich verfolgen, siehe Kap. 5.5. Im Kontext der Kostenfrage wäre hier speziell das Beispiel der Initiative *Cotton made in Africa* zu nennen, deren Beratungsangebote auch darauf abzielen, die Effizienz des Baumwollanbaus bei Kleinbauern zu erhöhen und damit die Kosten zu senken. Kleinproduzenten fehlen die Kapazitäten zur Erhöhung der Standards.

Das Problem der fehlenden finanziellen und zeitlichen Kapazitäten sowie des mangelnden Know-hows trifft noch in einem viel stärkeren Maße Klein- und Kleinstbetriebe. Für sie ist der relative Aufwand einer Zertifizierung im Verhältnis zum potentiellen Nutzen in der Regel besonders hoch. Zudem fehlt ihnen auch häufig der Zugang zu den entsprechenden Initiativen und Ansätzen. Dies hat unter anderem damit zu tun, dass es auch für die Initiativen selbst einen sehr viel höheren Aufwand bedeutet, eine Vielzahl von Kleinstbetrieben zu auditieren oder zu schulen als ein einzelnes größeres Unternehmen. Ein weiterer Faktor, der die Einbindung kleiner Akteure erschwert, ist die Tatsache, dass die Unternehmen im Rahmen der Etablierung nachhaltigerer Lieferketten häufig bestrebt sind, die Zahl ihrer Lieferanten zu reduzieren, was die Markteintrittsbarrieren für kleinere Produzenten weiter erhöht (Poynton 2015, S. 30). Besonders häufig tritt diese Problemstellung in der Landwirtschaft auf, in der viele Kleinbauern auf Subsistenzniveau arbeiten, oder aber im Bergbau, wo selbstständige Schürfer gerade das minimal Notwendige zur Existenzsicherung erwirtschaften.

Eine der Lösungen besteht darin, dass sich Kleinstbetriebe als Gruppe organisieren und auftreten. Dieser Ansatz wird seit langem von der *Fairtrade-Initiative* verfolgt, die ursprünglich vor allen Dingen im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion tätig war. Sie unterstützt Bauern dabei, sich zu „demokratischen Organisationen“, z.B. zu Genossenschaften, zusammenzuschließen. Diese werden dann u.a. auf inhaltlicher Ebene unterstützt. Den von Fairtrade garantierten höheren Abnahmepreis bekommen dann die Organisationen ausgezahlt und nicht die einzelnen Bauern. Über die Verwendung der Gelder entscheidet ebenfalls das Kollektiv. Inzwischen wurden weitere Zertifizierungen nach diesem Muster entwickelt, beispielsweise für den Bereich Bergbau und Textil.

Einen anderen Weg geht die *Cotton made in Africa Initiative (CmiA)*, die Kleinbauern in Afrika sowohl in nachhaltigen Anbaumethoden schult als auch dabei, insgesamt wirtschaftlicher zu handeln. Um die Vielzahl an Kleinbauern zu erreichen, werden die lokalen Baumwollgesellschaften und Entkörnungsanlagen als Multiplikatoren und Kooperationspartner hinzugezogen. Anders als bei Fairtrade wird hier zwar die Herstellung auditiert; die Baumwolle selbst wird aber entsprechend dem Mass-Balanced-Ansatz¹² im weiteren Prozess nicht gelabelt, und es wird auch kein höherer Abnahmepreis als bei konventionell hergestellter Ware garantiert.

5.7. Die Vielzahl der Ansätze führt zu einer Überforderung bei Produzenten und Käufern

Einer der am häufigsten vorgebrachten Kritikpunkte an den privaten Ansätzen zum Lieferkettenmanagement ist deren Fragmentierung und nahezu unüberschaubare Vielzahl. Dies führt nicht nur zu Orientierungsproblemen bei den einkaufenden Unternehmen und Verbrauchern, sondern auch zu einer Multiplikation der Anforderungen an die Lieferanten. Je nach Standard sind unterschiedliche Kriterien zu erfüllen, was nicht nur zu unmittelbaren Zusatzkosten, sondern auch zu einem hohen zeitlichen Aufwand führt, gerade wenn jeweils unterschiedliche Audits oder sonstige Maßnahmen wie Schulungen durchgeführt werden müssen. Verschärft wird die Situation, wenn darüber hinaus spezifische, sich teilweise widersprechende Anforderungen einzelner Firmen erfüllt werden müssen, die womöglich auch noch eigene Audits durchführen (Internationale Arbeitsagentur 2016, S. 43; Fransen und Conzelmann 2015).

¹² Dieses System wird für die Zertifizierung verschiedene Massenrohstoffe wie u.a. auch Kakao oder Palmöl genutzt. Da die Trennung von nachhaltig und nicht-nachhaltig hergestellten Rohstoffen im weiteren Verarbeitungsprozess hohe Kosten verursacht, werden beide Rohstoffe gemischt, so dass auf späteren Verarbeitungsstufen, beim Endprodukt oder für das einkaufende Unternehmen als Ganzes nur noch prozentuale Angaben zum Anteil an nachhaltigen Rohstoffen möglich sind.

Einer der Lösungsansätze besteht in der gegenseitigen Anerkennung von Zertifizierungen. So ist es im Rahmen des *Fairtrade Textile Standards* möglich, nachhaltige Baumwolle zu verwenden, die nicht nach dem Fairtrade-Standard, sondern beispielsweise entsprechend den *CmiA-Kriterien (Cotton made in Africa)* oder der europäischen Biorichtlinie hergestellt wurde. In eine ähnliche Richtung geht auch die Iseal Alliance, die übergreifende Qualitätskriterien für Standards im Bereich der Landwirtschaft entwickelt hat, wodurch diese insgesamt vergleichbarer werden.

Darüber hinaus gibt es Initiativen, die das Ziel haben, vorhandene Informationen zu bündeln und für alle Akteure in der Lieferkette zugänglich zu machen. Beispiele hierfür sind der *Higg Index für die Textilindustrie* und *E-TASC von GeSI (Global e-Sustainability Initiative)* für die IKT-Branche. In beiden Fällen können alle Akteure entlang der Lieferkette Informationen zu den bei ihnen umgesetzten sozialen und ökologischen Standards auf einer Online-Plattform zur Verfügung stellen. So sind diese Informationen über die Branche hinweg verfügbar und müssen nicht mehr einzeln erhoben werden. Allerdings beruhen diese Informationen zum jetzigen Zeitpunkt noch weitestgehend auf Selbstauskünften und nicht auf verbindlichen externen Audits.

6. Empfehlungen

Es ist schwer abzuschätzen, wie sich die Steuerungsfähigkeit und der entsprechende politische Wille in den besonders betroffenen Schwellen- und Entwicklungsländern in absehbarer Zeit entwickeln werden. Während in einigen Fällen der Zusammenbruch staatlicher Strukturen das Hauptproblem darstellt, ist in anderen eine Trendwende von Ansätzen der Demokratisierung hin zu sich verstärkenden autoritären Tendenzen zu beobachten. In einer wieder anderen Gruppe von Ländern gibt es deutliche Anzeichen, dass die staatliche Steuerungsfähigkeit zunimmt.

Angesichts der heterogenen Situation im globalen Süden und seiner schwer prognostizierbaren Zukunftsperspektiven liegt es in der besonderen Verantwortung der Industrieländer, ihrer Unternehmen, ihrer Konsumenten und der Akteure aus der Zivilgesellschaft, sich für nachhaltigere Lieferketten einzusetzen.

Adressierung des Governance-Defizits

Da Defizite in der Steuerungsfähigkeit und im Steuerungswillen der Produktionsländer eines der Grundprobleme bei der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards darstellen, besteht hier einer der zentralen Ansatzpunkte für Verbesserungen. So kann auf der politischen Ebene beispielsweise auf mehr Kohärenz in der Außenhandelspolitik geachtet werden, und zwar sowohl beim Abschluss von Handelsverträgen als auch bei der Exportförderung, gerade auch in Bezug auf landwirtschaftliche Produkte. Deutsche Unternehmen sollten ihre Interessenvertretung sowohl in Deutschland als auch in den Produktionsländern verstärkt auf die Setzung und Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards ausrichten. Aber auch die Zivilgesellschaft ist dazu aufgerufen, neue Formen der Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren zu entwickeln.

Darüber hinaus steht die Politik der Heimatländer importierender Unternehmen in der Pflicht, aktiv an einer Verbesserung insbesondere der politischen Institutionen mitzuwirken. Obwohl die Politik die Produktionen, u.a. mittels Zollerleichterungen, bewusst in wenig entwickelte Länder lenkt, werden diese Länder mit den damit einhergehenden Konsequenzen – vor allem dem rasanten Wirtschaftswachstum einzelner Sektoren – weitgehend alleine gelassen. Klassische Instrumente der Entwicklungshilfe gehen hier nicht weit genug. Systematische Anstrengungen und Zusammenarbeit zum Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen sind von Nöten. Zwar können auch Unternehmen und zivilgesellschaftliche Akteure hier unterstützend wirken; dies ist aber vor allem zentrale Aufgabe der nationalen und europäischen Politik.

Nachhaltiger Konsum

Das Problem, dass höhere Standards in der Regel auch höhere Kosten bei den Herstellern verursachen, wird von den meisten Initiativen noch nicht ausreichend berücksichtigt. Deshalb ist die Frage nach der Bereitschaft, für nachhaltiger hergestellte Produkte auch einen höheren Preis zu zahlen bzw. alternative Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, von zentraler Bedeutung. Dies gilt insbesondere dann, wenn auch Klein- und Kleinstproduzenten erreicht werden sollen.

Damit ist die Herstellung nachhaltiger Waren nicht nur eine Herausforderung für die jeweiligen Unternehmen; dem Angebot muss auch eine entsprechende Nachfrage gegenüber stehen. Bezogen auf den privaten Konsum hat sich bereits eine ausdifferenzierte Forschungslandschaft entwickelt, und es liegt eine Vielzahl von Empfehlungen zur Förderung nachhaltiger Konsummuster auf dem Tisch, nicht zuletzt im Rahmen des Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum (BMUB 2016). Ähnliches gilt für die Thematik der öffentlichen Beschaffung (siehe u.a. Defila et al. 2011; Hermann 2017; Dauvergne). Noch geringer ausgeprägt scheint die Nachfrage nach nachhaltig produzierten Waren im B2B-Handel (Business to Business) zu sein, wenn es beispielsweise um Werkstoffe für den Maschinenbau geht. Insgesamt liegen hier auch noch wenig Forschungsergebnisse und Instrumentenvorschläge vor.

Neben der tatsächlichen Umsetzung der vielfach vorgeschlagenen Instrumente zur Förderung eines nachhaltigen Verbraucherverhaltens, die auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basieren, scheinen aber auch regulative Instrumente wie das Setzen von Mindeststandards notwendig zu sein, um den Preisnachteil nachhaltigerer Produkte auszugleichen.

Fragmentierung vermeiden

Sowohl Unternehmen als auch Akteure der Zivilgesellschaft sollten eine weitere Fragmentierung und Diversifizierung der bestehenden Ansätze vermeiden. Für Unternehmen bedeutet dies, sich verstärkt für branchen- oder themenbezogene Lösungen einzusetzen und weniger stark auf unternehmensspezifische Standards zu setzen. Es sollten kooperative Lösungsansätze, möglichst unter Einbeziehung der Lieferanten, lokalen Regierung, NGOs und anderen Stakeholdern, gewählt werden, um die Bedürfnisse aller beteiligten Akteure zu berücksichtigen, Wissen zu bündeln und allgemein akzeptierte Standards festlegen zu können. Für die Zivilgesellschaft folgt daraus, dass es nicht zwangsläufig die beste Vorgehensweise ist, für jedes neue Thema eine eigene Initiative zu starten, sondern dass es besser ist zu versuchen, diese Themen in bestehende Ansätze zu integrieren bzw. allgemein eher auf eine Verbesserung von bereits vorhandenen Initiativen hinzuarbeiten.

Regulierung

Wie die in Kapitel 5 erörterten Schwierigkeiten und Good Practices zu ihrer Überwindung gezeigt haben, stellt nachhaltiges Lieferkettenmanagement eine komplexe Herausforderung dar, zu deren Bewältigung private Initiativen, je nach Problemstellung, mehr oder weniger Erfolg versprechende Lösungsansätze entwickelt haben. Dennoch ist die Wirksamkeit dieser Ansätze strukturell begrenzt.

Sowohl die einkaufenden Unternehmen als auch die Lieferanten stehen unter Wettbewerbsdruck. Da höhere soziale und ökologische Standards sowohl Monitoring- und Transaktionskosten als auch steigende laufende Kosten verursachen, ist der Anreiz für Unternehmen, systematische Verbesserungen zu erreichen, erst einmal vergleichsweise gering. Dieser Anreiz entsteht nur dann, wenn entweder mit hohen (Reputations-) Risiken zu rechnen ist, die ebenfalls Kosten verursachen,

oder wenn die höheren Kosten an die Kunden weitergegeben werden können.¹³ Dies ist jedoch nur in begrenztem Umfang möglich, da der Anteil an tatsächlich nachhaltig kaufenden Konsumenten sich nach wie vor im einstelligen Prozentbereich bewegt (Steineman et al. 2013). Weiterhin gilt dies derzeit auch nur für Unternehmen und Branchen, die an Endkonsumenten verkaufen. Im Business to Business-Bereich dagegen besteht bisher so gut wie keine Nachfrage nach nachhaltiger produzierten Waren.¹⁴ Drüber hinaus ist es grundsätzlich so, dass die Anforderungen, gerade bei branchengeführten Ansätzen, nur so streng sind, wie die Unternehmen selbst es für richtig halten, und dass kein Unternehmen verpflichtet ist, überhaupt an einer der Initiativen teilzunehmen, da diese freiwillig sind (Albin-Lackey 2013, S. 5).

Diese systemimmanenten Probleme beschränken sich nicht auf die Lieferketten, sondern gelten für alle Bereiche nachhaltiger Unternehmensführung mehr oder weniger stark. Deshalb beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass das Prinzip Freiwilligkeit alleine nicht zu strukturellen Veränderungen führen wird, sondern dass staatliche Regulierung notwendig ist.

Regulierung kann ein level-playing-field für alle Akteure auf dem Markt schaffen und, zumindest zu einem gewissen Grad, den Kostennachteil für Akteure, die sich nachhaltiger verhalten, beseitigen. Gleichzeitig schafft Regulierung Aufmerksamkeit für die entsprechenden regulierten Aspekte und schafft einen Bezugsrahmen und somit auch Sicherheit für die handelnden Akteure.

Wie schon in der Einleitung angesprochen, gibt es auch in den Industrieländern Verstöße gegen grundlegende Nachhaltigkeitsstandards. Deshalb sollte nachhaltiges Lieferkettenmanagement Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer gleichermaßen adressieren. Denn vom globalen Standortwettbewerb, der Druck auf Sozial- und Umweltstandards ausübt, sind alle Länder betroffen. Für die Wirtschaft heißt das, dass sie auch ihre nationalen Lieferketten im Blick haben sollte, wenn sie Sozial- und Umweltstandards von Lieferanten überprüft. Für die Politik, dass sie zum einen für die entsprechende gesetzliche Regulierung sorgen muss, zum anderen aber auch, dass der Vollzug sichergestellt werden muss.

Der Einfluss deutscher Gesetzgebung auf andere Länder ist naturgemäß begrenzt. Dennoch gibt es erste Beispiele für eine Verrechtlichung in diesem Bereich. Zu nennen ist die in Deutschland zur Erfüllung einer EU-Richtlinie eingeführte Pflicht zur nicht-finanziellen Berichterstattung für Unternehmen.¹⁵ Erste Gesetze, die Lieferketten direkt betreffen, sind der amerikanische Dodd-Frank Act, der, genau wie eine gerade im Entwurf verabschiedete EU-Richtlinie, das Thema Konfliktmineralien adressiert, und der UK Modern Slavery Act.

In der konkreten Umsetzung sind jedoch einige Aspekte zu beachten. Zum einen werden die privaten Initiativen durch eine gesetzliche Regelung nicht obsolet, da weder der deutsche Staat noch deutsche Unternehmen deutsches Recht im Ausland durchsetzen können. Das heißt, die privaten Initiativen schaffen überhaupt erst die Voraussetzungen dafür, dass deutsche Unternehmen die gesetzlichen Bestimmungen erfüllen können. Zudem liefern sie, in Kombination mit weiteren internationalen Ansätzen wie den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, Kriterien bezüglich einer konkreten Ausgestaltung von Standards sowie deren Implementierung und Durchsetzung, an denen sich die Gesetzgebung orientieren kann.

¹³ Darüber hinaus gibt es natürlich auch Unternehmen bzw. Unternehmer, die aus einer persönlichen ethischen Haltung heraus nachhaltig wirtschaften, wozu auch das nachhaltige Lieferkettenmanagement gehört. Allerdings bewegt sich diese Gruppe der Unternehmen eher in einer Nische.

¹⁴ Diese Aussage beruht auf verschiedenen Expertengesprächen mit Unternehmensvertretern aus dem Rohstoffbereich.

¹⁵ Allerdings gibt es an der konkreten Ausgestaltung Kritik, insbesondere von NROs, da Deutschland eine vergleichsweise weiche Variante der Umsetzung gewählt hat Heydenreich 2016; CorA 2016.

Ein weiterer Aspekt, der im Rahmen einer möglichen Gesetzgebung beachtet werden muss, sind mögliche unintendierte Nebeneffekte für die Herstellerländer. So hat beispielsweise die Einführung des Dodd Frank Act zumindest kurz- und mittelfristig dazu geführt, dass die Firmen es vermieden haben, überhaupt Mineralien aus dem Kongo und angrenzenden Ländern zu kaufen, was zu insgesamt negativen Einkommenseffekten für die betroffene Bevölkerung geführt hat (Manhart und Schleicher 2013). Denn während die Einbindung in die globalen Märkte und Wertschöpfungsketten die oben beschriebenen negativen Begleiterscheinungen haben kann, hat sie umgekehrt auch das Potential, maßgeblich zur sozialen und ökonomischen Entwicklung der jeweiligen Länder beizutragen. Das Ziel der Regulierung muss es also sein, die Bedingungen zu verbessern, ohne dass die betroffenen Länder und ihre Bevölkerung vom Welthandel ausgeschlossen werden. Eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, sind vergleichsweise lange Übergangsfristen und eine sich sukzessive verschärfende Stufenregelung, die es den Unternehmen ermöglicht, die entsprechenden Voraussetzungen in ihren Lieferketten zu schaffen.

Themenbereiche, die sich somit für eine gesetzliche Regelung anbieten, sind insbesondere Transparenzanforderungen und die Einhaltung von Sorgfaltspflichten (Due Diligence) im Sinne der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der UN.

Forschung

Auch auf Seiten der Wissenschaft besteht weiterer Forschungsbedarf. So sollten beispielsweise Vorschläge für einen umfassenden Umweltstandard entwickelt werden, der international und über Branchen hinweg angewendet werden kann. Des Weiteren ist die Frage nach der tatsächlichen Wirksamkeit der unterschiedlichen Ansätze bisher nur in sehr geringem Umfang untersucht worden. Darüber hinaus ist weitere Forschung hinsichtlich der Bedeutung nachhaltiger Lieferketten für den Handel zwischen Unternehmen (B2B) in Branchen notwendig, die keine Konsumgüter für private Endverbraucher herstellen.

Literaturverzeichnis

- Abdulsamad, Ajmal; Frederick, Stacey; Guinn, Andrew; Gereffi, Gary (2015): Pro-Poor Development and Power Asymmetries in Global Value Chains.
- Albin-Lackey, Chris (2013): Without Rules. A Failed Approach to Corporate Accountability.
- Anner, Mark (2015): Stopping the Race to the Bottom. Challenges for Workers' Rights in Supply Chains in Asia.
- Anseeuw, Ward; Boche, Mathieu; Breu, Thomas; Giger, Markus; Lay, Jann; Messerli, Peter et al. (2012): Transnational Land Deals for Agriculture in the Global South. Analytical Report based on the Land Matrix Database. Online verfügbar unter https://www.oxfam.de/system/files/20120427_report_land_matrix.pdf, zuletzt geprüft am 09.05.2016.
- Arancibia, Florencia (2016): Regulatory Science and Social Movements. The Trial Against the Use of Pesticides in Argentina. In: *Theory in Action* 9 (4), S. 1–20.
- Baffes, John (2011): Cotton Subsidies, the WTO, and the 'Cotton Problem'. In: *The World Economy* 34 (9), S. 1534–1556. DOI: 10.1111/j.1467-9701.2011.01396.x.
- Balser, Markus (2017): Zoff im Billig-Schlachtland. In: *Süddeutsche Zeitung*, 17.01.2017. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/arbeitsbedingungen-im-billig-schlachtland-1.3334827>, zuletzt geprüft am 20.08.2017.
- Bauer, Theresa (2017): Responsible Lobbying. Conceptual Foundations and Empirical Findings in the EU: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Behere, P. B.; Behere, A. P. (2008): Farmers' suicide in Vidarbha region of Maharashtra state: A myth or reality? In: *Indian journal of psychiatry* 50 (2), S. 124–127. DOI: 10.4103/0019-5545.42401.
- BMUB (2016): Atomenergie - Strahlenschutz. Online verfügbar unter <http://www.bmub.bund.de/themen/atomenergie-strahlenschutz/>, zuletzt geprüft am 17.03.2016.
- Burmann, Alexandra (2003): Baumwollanbau im Norden verschärft die Armut im Süden. Hg. v. Germanwatch. Online verfügbar unter <https://germanwatch.org/tw/dk-bwoll.pdf>, zuletzt geprüft am 15.08.2017.
- Centro de Reflexión y Acción Laboral (2015): Paying the price for flexibility: Workers' experiences in the electronic industry in Mexico. Sixth Report on working conditions in the electronic industry in Mexico.
- CorA (2016): Stellungnahme an das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-CSR-Richtlinie 2014/95/EU (Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten).
- Danwatch (2015): Servants of servers. Rights violations and forced labour in the supply chain of ICT equipment in European universities. A Journalistic investigation.
- Dauvergne, Peter: Das Problem des Konsums. In: Jantke, Lottemoser et al. (Hg.) 2016 – Nachhaltiger Konsum, S. 47–62.

- Defila, Rico; Di Giulio, Antonietta; Kaufmann-Hayoz, Ruth (Hg.) (2011): Wesen und Wege nachhaltigen Konsums. Ergebnisse aus dem Themenschwerpunkt "Vom wissen zum Handeln - Neue wege zum nachhaltigen Konsum". München: oekom Verlag (Ergebnisse sozial-ökologischer Forschung, 13).
- Di Giulio, Antonietta; Brohmann, Bettina; Clausen, Jens; Defila, Rico; Fuchs, Doris; Kaufmann-Hayoz, Ruth; Koch, Andreas (2011): Bedürfnisse und Konsum. Ein Begriffssystem und dessen Bedeutung im Kontext von Nachhaltigkeit. In: Rico Defila, Antonietta Di Giulio und Ruth Kaufmann-Hayoz (Hg.): Wesen und Wege nachhaltigen Konsums. Ergebnisse aus dem Themenschwerpunkt "Vom wissen zum Handeln - Neue wege zum nachhaltigen Konsum". München: oekom Verlag (Ergebnisse sozial-ökologischer Forschung, 13), S. 47–71.
- Die Zeit (2016): EU verklagt Deutschland wegen mangelnden Grundwasserschutzes. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2016-11/nitrat-grundwasser-deutschland-klage-eu>, zuletzt geprüft am 16.03.2017.
- Dolega, Peter; Degreif, Stefanie; Buchert, Matthias; Schüler, Doris (2016): Outlining Environmental Challenges in the Non-Fuel Mining-Sector (Policy brief), 2016.
- EICC; GeSI (2008): Social and Environmental Responsibility in Metals Supply to the Electronic Industry.
- Electronics Watch (2014): Winds of Change. Das Potenzial der öffentlichen Beschaffung, die Arbeitsbedingungen in der IKT-Industrie zu verbessern, 2014.
- ETI; IEH; DIEH (2015): Living Wages in Global Supply Chains.
- Fair Labor Association (2016): Toward Fair Compensation in Global Supply Chains. Factory Pay Assessments in 21 Countries.
- Ferenschild, Sabine (2014): Afrikas weißes Gold. Ein moderner Dreieckshandel. Afrikanischer Rohstoff - chinesische Verarbeitung - europäischer Konsum.
- FRA (2015): Severe labour exploitation: workers moving within or into the European Union. States' obligations and victim's rights.
- Fransen, Luc; Conzelmann, Thomas (2015): Fragmented or cohesive transnational private regulation of sustainability standards? A comparative study. In: *Regulation & Governance* 9 (3), S. 259–275. DOI: 10.1111/rego.12055.
- Fritz, Thomas (2011): Brot oder Trog. Futtermittel, Flächenkonkurrenz und Ernährungssicherheit. Online verfügbar unter http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/analyse_34_futtermittelstudie.pdf, zuletzt geprüft am 10.05.2016.
- GIZ (2014): Trend zum Dialog entlang der Lieferkette - ein Einblick in die Praxis.
- Greenpeace (2014): A Little Story about a Monstrous Mess II. Investigation of hazardous chemicals in the wastewater from dyeing facilities in Shishi China.
- Gruère, Guillaume; Sengupta, Debdatta (2011): Bt Cotton and Farmer Suicides in India: An Evidence-based Assessment. In: *The Journal of Development Studies* 47 (2), S. 316–337. DOI: 10.1080/00220388.2010.492863.
- Hermann, Andreas (2017): Rechtsgutachten umweltfreundliche öffentliche Beschaffung.
- Heydenreich, Cornelia (2016): Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren

Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) vom 21.9.2016.

Internationale Arbeitsagentur (2016): Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten. Bericht IV.

Khan, Mohd Raisul Islam; Wichterich, Christa (2015): Safety and Labour Conditions. the accord and the national tripartite plan of action for the garment industry of Bangladesh (Working Paper, 38).

Koch, Eckart (2017): Globale Nachhaltigkeitsarchitektur. In: Globalisierung: Wirtschaft und Politik: Chancen - Risiken - Antworten. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 253–279. Online verfügbar unter http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-08707-4_13.

Köppl, Peter (2012): Green lobbying. Is Sustainability more than a new frame for old-style lobbying? A consultant's personal point of view. In: *Journal of Public Affairs* 12 (2012), S. 177–180.

Labour Action China; Labour Education and Service Network; Centre for Research on Multinational Corporations (2016): The Poisonous Pearl. Occupational chemical poisoning in the electronics industry in the Pearl River Delta, People's Republic of China.

Lambert, Tobias (2012): Bergbau-Boom mit Nebenwirkungen. Rohstoffsicherung für Deutschland und die Europäische Union - Probleme in Kolumbien und Peru. Online verfügbar unter http://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2012/02/Rohstoffpaper_Okt2012.pdf, zuletzt geprüft am 09.05.2016.

Lang, Andrew (2010): Trade Agreements, Business and Human Rights. The case of export processing zones (Working Paper, 57).

Manhart, Andreas; Rüttinger, Lukas; Griestop, Laura (2015): Die Debatte um Konfliktrohstoffe und mögliche Bezüge zu Umweltaspekten bei der Rohstoffgewinnung. RohPolRess-Kurzanalyse Nr. 3.

Manhart, Andreas; Schleicher, Tobias (2013): Conflict minerals – An evaluation of the Dodd-Frank Act and other resource-related measures. Öko-Institut. Freiburg.

Marshall, Ian E. (2001): A Survey of Corruption Issues in the Mining and Mineral Sector.

Molitor, Carmen (2015): Geschäftsmodell Ausbeutung. Wenn europäische Arbeitnehmer_innen in Deutschland um ihre Rechte betrogen werden.

Mosoetsa, Sarah; Williams, Michelle (2012): Challenges and Alternatives for Workers in the Global South. In: Sarah Mosoetsa und Michelle Williams (Hg.): Labour in the Global South. Challenges and Alternatives for Workers. Geneva, S. 1–15.

Neue Zürcher Zeitung (2014): Einigung der USA und Brasilien Baumwoll-Subventionen, 02.10.2014. Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/wirtschaft/usa-und-brasilien-einigen-sich-bei-baumwollsubventionen-1.18395517>, zuletzt geprüft am 03.01.2017.

Paganelli, Alejandra; Gnazzo, Victoria; Acosta, Helena; Lopez, Silvia L.; Carrasco, Andres E. (2010): Glyphosate-based herbicides produce teratogenic effects on vertebrates by impairing retinoic acid signaling. In: *Chemical research in toxicology* 23 (10), S. 1586–1595. DOI: 10.1021/tx1001749.

- Potter, Cuz; Lupilya, Alexander Constantine (2016): 'You have hands, make use of them!'. Child labour in Artisanal and Small-scale Mining in Tanzania. In: *J. Int. Dev.* 28 (7), S. 1013–1028. DOI: 10.1002/jid.3245.
- Potts, Jason; Lynch, Matthew; Wilkings, Ann; Huppé, Gabriel; Cunningham, Maxine; Voora, Vivek (2014): The State of Sustainability Initiatives Review 2014. Standards and the Green Economy. IISD, IIED, ENTWINED, IDH, FAST. Winnipeg & London.
- Poynton, Scott (2015): Beyond Certification. Online verfügbar unter <http://www.tft-earth.org/wp-content/uploads/2015/11/Beyond-Certification.pdf>, zuletzt geprüft am 18.05.2016.
- Probst, Johanna; Efonayi-Mäder, Denise; Bader, Dina (2016): Arbeitsausbeutung im Kontext von Menschenhandel. Eine Standortbestimmung für die Schweiz.
- Reinecke, Juliane; Donaghey, Jimmy (2015): After Rana Plaza: Building coalitional power for labour rights between unions and (consumption-based) social movement organisations. In: *Organization* 22 (5), S. 720–740. DOI: 10.1177/1350508415585028.
- Rhaman, Zia; Langford, Tom (2012): Why Labour Unions have Failed Bangladesh's Garment Workers. In: Sarah Mosoetsa und Michelle Williams (Hg.): Labour in the Global South. Challenges and Alternatives for Workers. Geneva, S. 87–106.
- Saiko, Tatyana A.; Zonn, Igor S. (2000): Irrigation expansion and dynamics of desertification in the Circum-Aral region of Central Asia. In: *Applied Geography* 20 (4), S. 349–367. DOI: 10.1016/S0143-6228(00)00014-X.
- Scherrer, Christoph; Langhammer, Rolf J.; Matthes, Jürgen; Pies, Ingo; Seele, Peter; Knebel, Sebastian (2013): Inhumane Arbeitsbedingungen auf dem globalen Markt — Wer kann, wer soll handeln? In: *Wirtschaftsdienst* 93 (4), S. 215–232. DOI: 10.1007/s10273-013-1513-5.
- Schleper, Martin C.; Blome, Constantin; Hofmann, Hannes (2016): Due Diligence in der Lieferkette: Konfliktrohstoffe identifizieren und Menschenrechte wahren. In: *Beschaffung aktuell* (3), S. 12–14. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/297149164_Due_Diligence_in_der_Lieferkette_Konfliktrohstoffe_identifizieren_und_Menschenrechte_wahren, zuletzt geprüft am 03.05.2016.
- Schlesinger, Sergio (2006): O grão que cresceu demais – A soja e seus impactos sobre a sociedade e o meio ambiente. Rio de Janeiro.
- Schüler, Doris; Brunn, Christoph; Gsell, Martin; Manhart, Andreas (2016): Outlining Socio-Economic Challenges in the Non-Fuel Mining Sector. European Policy Brief.
- SOMO (2014): Fact Sheet: Child labour in the textile & garment industry. Focus on the role of buying companies.
- SOMO; Action Labor Rights; Labour Rights Defenders & Promoters (2017): The Myanmar Dilemma. Can the garment industry deliver decent jobs for workers in Myanmar?
- Steineman, Myriam; Schwegler, Regina; Spescha, Gina; Bilharz, Michael (2013): Grüne Produkte in Deutschland. Status Quo und Trends.
- Studdard, Kaysie (2004): War Economies in a Regional Context. Overcoming the Challenges of Transformation (IPA Policy Report).

- Terwindt, Carolijn; Saage-Maass, Miriam (2016): Liability of Social Auditors in the Textile Industry (International policy analysis).
- The Uzbek-German Forum for Human Rights (2014): Preliminary Report on Forced Labor During Uzbekistan's 2014 Cotton Harvest.
- Touboulic, Anne; Chicksand, Daniel; Walker, Helen (2014): Managing Imbalanced Supply Chain Relationships for Sustainability. A Power Perspective. In: *Decision Sciences* 45 (4), S. 577–619.
- van Wetering, Hans; Gomes, Marcel; Schipper, Irene (2015): Brazil, the new manufacturing hotspot for electronics?
- Verité (2014): Forced Labor in the Production of Electronic Goods in Malaysia. A Comprehensive Study of Scope and Characteristics.
- Vurro, Clodia; Russo, Angeloantonio; Perrini, Francesco (2009): Shaping Sustainable Value Chains. Network Determinants of Supply Chain Governance Models. In: *Journal of Business Ethics* 90, S. 607–621.
- WEED (2015): Die globalisierte Informations- und Kommunikationsbranche. Einflussmöglichkeiten der öffentlichen Beschaffung auf die Arbeitsbedingungen entlang der Lieferkette.
- Wennmann, Achim (2005): Resourcing the Recurrence of Intrastate Conflict. Parallel Economies and Their Implications for Peacebuilding. In: *Security Dialogue* 36 (4), S. 479–494. DOI: 10.1177/0967010605060450.
- Wick, Ingeborg (2009): Soziale Folgen des liberalisierten Weltmarkts für Textil und Bekleidung. Strategien von Gewerkschaften und Frauenorganisationen. Eine Studie im Auftrag der Otto Brenner Stiftung (OBS-Arbeitsheft, 62).
- WWF (2014): Profit um jeden Preis. Die ökologischen und sozialen Folgen der Ölförderung in fünf Naturregionen. Hintergrundinformationen. Online verfügbar unter <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Hintergrundinformation-Profit-um-jeden-Preis-Oelfoerderung-in-Naturregionen.pdf>, zuletzt geprüft am 04.05.2016.
- Yang, Qiu (2006): ILO Fundamental Conventions and Chinese Labor Law: From a Comparative Perspective. In: *Chinese Law and Policy Review* 2, S. 18–43. Online verfügbar unter <https://www.law.upenn.edu/journals/ealr/articles/Volume2/issue1/Yang2ChineseL.&Pol%27yRev.18%282006%29.pdf>, zuletzt geprüft am 11.05.2016.

Anhang

Anhang I: Übersicht Industriebranchen, Importe und Konsumgüternachfrage

Wichtigste Industriebranchen in Deutschland nach Umsatz¹⁶

Kraftfahrzeugbau
Maschinenbau
Chemie
Ernährung
Elektronik und Elektrotechnik
Metallerzeugung- und Bearbeitung
Mineralölverarbeitung
Bauhauptgewerbe
Herstellung von Kunststoffwaren
Herstellung von Papier und Pappe
Textilgewerbe
Quelle: VCI 2015, S. 44–49

Wichtigste Importgüter¹⁷

Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugung.
Kraftwagen und Kraftwagenteile
Erdöl und Erdgas
Chemische Erzeugnisse
Maschinen
Metalle
Nahrungsmittel und Futtermittel
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse
Sonstige Fahrzeuge
Bekleidung
Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse
Quelle: destatis 2016

Wichtigste Importe Land- und Ernährungswirtschaft¹⁸

Ölsaaten- und -produkte
Getreide (ohne Reis)
Frischobst, Südfrüchte
Milch u. Milcherzeugnisse
Zubereitungen, Konserven, Säfte aus Gemüse u. Obst
Kleie u.a. Abfallerz. für Viehfutter
Gemüse u. Küchengewächse
Fleisch u. -erzeugnisse
Getreideerzeugnisse, Backwaren
Zucker u. -erzeugnisse
Quelle: BMEL 2015

¹⁶ 2008-2014

¹⁷ 2014

¹⁸ 2014

Private Nachfrage nach Konsumgüterbereichen¹⁹

Nahrungs- und Genussmittel
Textilien, Bekleidung, Schuhe
Do-it-Yourself, Baubedarf
Bürobedarf, Computer Telekommunikation
Möbel, Einrichtung
Tabakwaren
Spiel, Sport, Freizeit
Reinigung, Hygiene, Kosmetik
Persönlicher Bedarf
Unterhaltungselektronik, Bild- und Tonträger
Elektrogeräte, Lampen Leuchten
Haushaltswaren, Glas, Porzellan
Quelle: Metro Group 2015, S. 98

Konsumausgaben nach Verwendungszweck

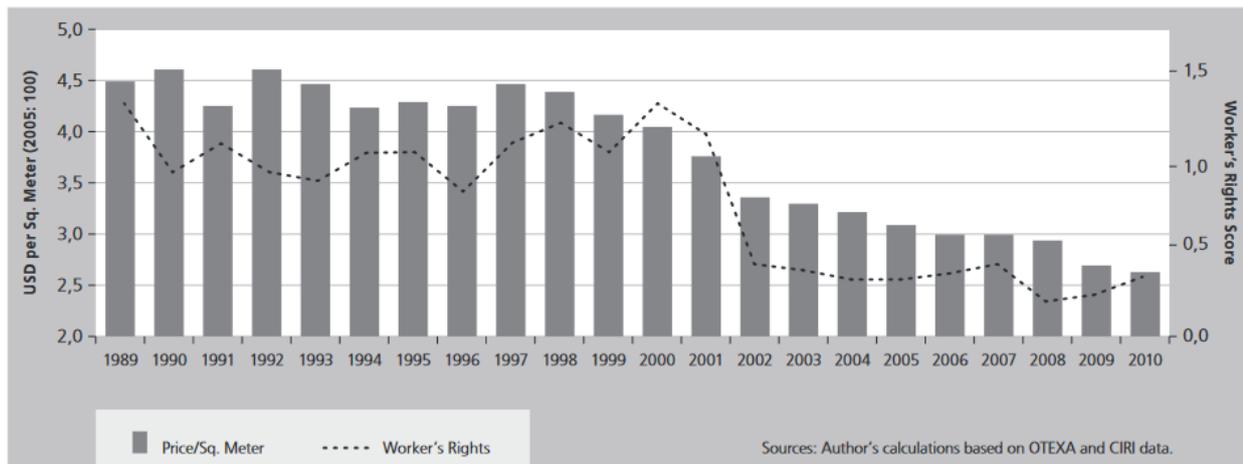
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe
Verkehr, Nachrichtenübermittlung
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren
Freizeit, Unterhaltung, Kultur
Quelle: Statistisches Bundesamt 2016, S. 130

¹⁹ 2014

Anhang II: Entwicklung Arbeitnehmerrechte und Stückkosten –Textil

Die Quantifizierung der Arbeitnehmerrechte basiert auf den Daten von CIRI (Cingranelli and Richards Human Rights Dataset) und berücksichtigt u.a. Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Kollektivverhandlungen, Streikrecht und gesetzliche Regelungen zu Zwangs- und Kinderarbeit, Mindestlöhnen, Überstunden sowie Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Für eine genauere Erläuterung siehe: (Anner et al. 2013, S. 11–14).

Figure 3 Price Paid per Square Meter (real USD) versus Workers' Rights in Top 20 Apparel Exporters to the United States



Quelle: (Anner 2015, S. 5)